

Familienarbeitszeit „reloaded“



Bericht von Kai-Uwe Müller, Michael Neumann und Katharina Wrohlich

Familienarbeitszeit:

mehr Arbeitszeit für Mütter, mehr Familienzeit für Väter 1095

Interview mit Kai-Uwe Müller

»Kosten für die Familienarbeitszeit
sind in der kurzen Frist überschaubar«

1104

Bericht von Georg F. Camehl, Juliane F. Stahl, Pia S. Schober und C. Katharina Spieß

Höhere Qualität und geringere Kosten
von Kindertageseinrichtungen – zufriedener Eltern?

1105

Am aktuellen Rand Kommentar von Claudia Kemfert

Klimareserve: Eine unsinnige, teure
und klimapolitisch fragwürdige Abwrackprämie
für alte Kohlekraftwerke

1116



DIW Berlin – Deutsches Institut
für Wirtschaftsforschung e.V.
Mohrenstraße 58, 10117 Berlin
T +49 30 897 89 -0
F +49 30 897 89 -200
82. Jahrgang
11. November 2015

Herausgeber

Prof. Dr. Pio Baake
Prof. Dr. Tomaso Duso
Dr. Ferdinand Fichtner
Prof. Marcel Fratzscher, Ph.D.
Prof. Dr. Peter Haan
Prof. Dr. Claudia Kemfert
Dr. Kati Krähnert
Prof. Dr. Lukas Menkhoff
Prof. Karsten Neuhoﬀ, Ph.D.
Prof. Dr. Jürgen Schupp
Prof. Dr. C. Katharina Spieß
Prof. Dr. Gert G. Wagner

Chefredaktion

Sylvie Ahrens-Urbaneck
Dr. Kurt Geppert

Redaktion

Renate Bogdanovic
Sebastian Kollmann
Marie Kristin Marten
Dr. Wolf-Peter Schill

Lektorat

Simone Bartsch
Dr. Johanna Storck

Pressestelle

Renate Bogdanovic
Tel. +49-30-89789-249
presse@diw.de

Vertrieb

DIW Berlin Leserservice
Postfach 74
77649 Offenburg
leserservice@diw.de
Tel. (01806) 14 00 50 25
20 Cent pro Anruf
ISSN 0012-1304

Gestaltung

Edenspiekermann

Satz

eScriptum GmbH & Co KG, Berlin

Druck

USE gGmbH, Berlin

Nachdruck und sonstige Verbreitung –
auch auszugsweise – nur mit Quellen-
angabe und unter Zusendung eines
Belegexemplars an die Serviceabteilung
Kommunikation des DIW Berlin
(kundenservice@diw.de) zulässig.

Gedruckt auf 100 % Recyclingpapier.



Der DIW Wochenbericht wirft einen unabhängigen Blick auf die Wirtschaftsentwicklung in Deutschland und der Welt. Er richtet sich an die Medien sowie an Führungskräfte in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft. Wenn Sie sich für ein Abonnement interessieren, können Sie zwischen den folgenden Optionen wählen:

Standard-Abo: 179,90 Euro im Jahr (inkl. MwSt. und Versand).

Studenten-Abo: 49,90 Euro.

Probe-Abo: 14,90 Euro für sechs Hefte.

Bestellungen richten Sie bitte an leserservice@diw.de oder den DIW Berlin Leserservice, Postfach 74, 77649 Offenburg; Tel. (01806) 14 00 50 25, 20 Cent/Anruf aus dem dt. Festnetz, 60 Cent maximal/Anruf aus dem Mobilnetz. Abbestellungen von Abonnements spätestens sechs Wochen vor Laufzeitende

NEWSLETTER DES DIW BERLIN



Der DIW Newsletter liefert Ihnen wöchentlich auf Ihre Interessen zugeschnittene Informationen zu Forschungsergebnissen, Publikationen, Nachrichten und Veranstaltungen des Instituts: Wählen Sie bei der Anmeldung die Themen und Formate aus, die Sie interessieren. Ihre Auswahl können Sie jederzeit ändern, oder den Newsletter abbestellen. Nutzen Sie hierfür bitte den entsprechenden Link am Ende des Newsletters.

>> Hier Newsletter des DIW Berlin abonnieren: www.diw.de/newsletter

RÜCKBLLENDE: IM WOCHENBERICHT VOR 50 JAHREN

Die Stellung der Bundesrepublik Deutschland im Welthandel

Die einzelnen Volkswirtschaften waren in den letzten Jahren unterschiedlich stark an der Entwicklung der Welthandelsumsätze beteiligt. Ursachen hierfür sind vornehmlich Unterschiede in der wirtschaftlichen Expansion und in der Wettbewerbsfähigkeit der einzelnen Länder. Zur Erklärung müssen zusätzlich aber auch die Außenhandelsstrukturen, und zwar die Regional- und Warenstrukturen, herangezogen werden, die sich von Land zu Land oft beträchtlich unterscheiden. Klassisches Beispiel hierfür sind die Entwicklungsländer, deren Ausfuhr sich häufig auf nur wenige Primärprodukte mit besonders preis- und konjunkturrempfindlicher Nachfrage konzentriert. Die Außenhandelsstrukturen der Industrieländer sind demgegenüber zwar ausgewogener, doch sind auch hier sowohl regional als auch warenmäßig Schwerpunkte zu unterscheiden, die sich im Zuge der industriellen Spezialisierung herausgebildet haben.

Die Entwicklung des Welthandels ist durch das starke Vordringen der Industriewaren gekennzeichnet. Der Umsatzwert der industriellen Erzeugnisse hat sich im Zeitraum 1955 bis 1964 verdoppelt; ihr Anteil im Weltexport ist von 49 vH auf 58 vH gestiegen. Die Exporte von Investitionsgütern haben dabei sogar noch etwas stärker zugenommen als die von übrigen Industrieerzeugnissen. Generell waren daher die Exportländer von industriellen Produkten im Vergleich zu den Rohstofflieferanten in ihren Exportchancen begünstigt. Dies gilt im besonderen für die Bundesrepublik Deutschland. Nur die jungen Industrieländer Italien und Japan haben in den zurückliegenden neun Jahren einen noch stärkeren Exportzuwachs erzielen können als die Bundesrepublik; die strukturelle Begünstigung Deutschlands konnte bei diesen Ländern durch andere Faktoren überkompensiert werden. Im Vergleich zu den übrigen, älteren, Industrieländern ist jedoch das hohe Gewicht der industriellen Erzeugnisse und vor allem der Investitionsgüter am Export der Bundesrepublik von unverkennbarer Bedeutung gewesen.

aus dem Wochenbericht Nr. 46 vom 12. November 1965

Familienarbeitszeit: mehr Arbeitszeit für Mütter, mehr Familienzeit für Väter

Von Kai-Uwe Müller, Michael Neumann und Katharina Wrohlich

Vor zwei Jahren hat das DIW Berlin das Modell der Familienarbeitszeit vorgestellt. Es sieht eine Lohnersatzleistung für Familien vor, in denen sich beide Partner für eine reduzierte Vollzeittätigkeit (etwa 80 Prozent einer Vollzeitstelle) entscheiden. Die vorliegende Studie entwickelt dieses Modell weiter. Neben einer großzügiger gestalteten Lohnersatzleistung wird eine vereinfachte Variante mit Pauschalleistung untersucht, die wegen ihres geringeren Verwaltungsaufwands und niedrigerer Kosten eine sinnvolle Alternative wäre. Auch die Anspruchsvoraussetzung wird flexibilisiert: Anstelle einer starren Arbeitszeitvorgabe wird ein Korridor von 28 bis 32 Stunden gewährt. Damit erhöht sich der Kreis der Berechtigten und die Inanspruchnahme steigt etwas stärker als im Modell mit fixer Arbeitszeitvorgabe. Allerdings müssten dafür höhere Kosten in Kauf genommen werden.

Seit der Reform des Elterngelds im Jahr 2007 hat die Politik in Deutschland einige Reformen auf den Weg gebracht, die die Vereinbarkeit von Familie und Beruf verbessern sollen. Dennoch empfinden viele Familien und insbesondere Frauen es noch immer als große Herausforderung, Kind und Karriere miteinander zu verbinden. Daran hat weder die Einführung eines Rechtsanspruchs auf einen Kinderbetreuungsplatz ab dem ersten Lebensjahr noch der deutliche Ausbau von Ganztagschulen¹ oder die Einführung des ElterngeldPlus grundlegend etwas verändert.²

Staatliche Förderung der Kinderbetreuung ist zwar ein wichtiger Baustein, aber nicht das alleinige Instrument, um die Vereinbarkeit von Beruf und Familie zu erleichtern. Daneben müssen sich auch Väter stärker bei der Kinderbetreuung und im Haushalt engagieren, damit Frauen Familie und Beruf besser vereinbaren können. Dies entspricht auch den Wünschen junger Familien, wie eine aktuelle Studie des Instituts für Demoskopie in Allensbach belegt. Fast die Hälfte (47 Prozent) aller Eltern mit Kindern unter sechs Jahren würde eine Konstellation wählen, in der beide Partner gleich oder annähernd gleich lange erwerbstätig sind, wenn sie „auf nichts Rücksicht nehmen müssten“. 28 Prozent der befragten Eltern geben an, dass unter diesen Bedingungen die Arbeitszeitkonstellation „beide Teilzeit (zwischen 15 und 34 Stunden)“ ideal wäre.³ Die meisten Eltern können

¹ Vgl. dazu Marcus, J. et al. (2013): Ausbau der Ganztagschule: Kinder aus einkommensschwachen Haushalten im Westen nutzen Angebote verstärkt. DIW Wochenbericht Nr. 27/2013.

² Laut einer jüngst veröffentlichten Studie der Thomson-Reuters-Stiftung und der Rockefeller-Stiftung wird in Deutschland die Vereinbarkeit von Karriere und Familie skeptisch beurteilt. Weltweit sind etwa 47 Prozent aller Frauen zuversichtlich, eine Familie haben zu können ohne der Karriere zu schaden. Deutschland liegt mit einem Anteil von 21 Prozent an zweitletzter Stelle. Vgl. www.faz.net/aktuell/wirtschaft/menschen-wirtschaft/in-deutschland-sind-kind-und-karriere-kaum-vereinbar-13854493.html.

³ Gut 40 Prozent der Befragten favorisieren explizit ein klassisches Primärverdiener-Modell, in dem der Vater deutlich mehr arbeitet. Vgl. Institut für Demoskopie Allensbach (2015): Weichenstellungen für die Aufgabenteilung in Familie und Beruf. Untersuchungsbericht zu einer repräsentativen Befragung von Elternpaaren im Auftrag des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, 51, www.ifd-allensbach.de/uploads/tx_studies/Weichenstellungen.pdf.

aus finanziellen Gründen oder aufgrund von Widerständen des Arbeitgebers ihre Wünsche nicht realisieren.⁴

Um die finanzielle Attraktivität eines partnerschaftlichen Arbeitszeitmodells zu erhöhen beziehungsweise den Familien zu ermöglichen, ihre Wünsche umzusetzen, hat die Friedrich-Ebert-Stiftung vor einiger Zeit das Konzept einer Lohnersatzleistung bei Familienarbeitszeit vorgeschlagen.⁵ Die Grundidee dieser Familienleistung besteht darin, dass Familien mit Kindern im Alter von ein bis drei Jahren eine finanzielle Leistung erhalten, sofern *beide* Elternteile einer vollzeitnahen Teilzeittätigkeit nachgehen. Die Lohnersatzleistung bei Familienarbeitszeit ist gleichzeitig eine finanzielle Anerkennung privater Betreuungsleistungen, da Hauptverdiener (in der Regel Väter) mehr Zeit für die Kindererziehung gewinnen. Im Gegensatz zu unbedingten Geldleistungen wie dem Betreuungsgeld vermeidet das Modell die in diesem Zusammenhang häufig auftretenden negativen Arbeitsanreize für Zweitverdiener (zumeist Mütter).⁶ Im Gegenteil: Die Förderung ist explizit an eine vollzeitnahe Beschäftigung beider Elternteile geknüpft.

Das DIW Berlin hat bereits vor zwei Jahren im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung und der Hans-Böckler-Stiftung die Ausgestaltung einer solchen Leistung konkretisiert und ihre Auswirkungen auf die Arbeitszeit sowie ihre Kosten untersucht. Dabei zeigte sich, dass sich durch eine Lohnersatzleistung bei Familienarbeitszeit die Anzahl der Familien mit dieser Arbeitszeitkonstellation kurzfristig von rund einem Prozent auf zwei Prozent verdoppeln könnte.⁷ Die Leistung ist auch für Alleinerziehende konzipiert, die in einer vollzeitnahen Teilzeitstelle beschäftigt sind. Im Folgenden werden nur die Ergebnisse für Paarhaushalte mit Kindern betrachtet.

Seit der Veröffentlichung der ersten Ergebnisse wurde das Instrument der Familienarbeitszeit in der Öffentlichkeit teilweise kontrovers diskutiert. Die Anregungen aus dieser Debatte hat das DIW Berlin aufgegriffen und in einer aktuellen Studie im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung neue Varianten einer finanziellen Leistung bei Familienarbeitszeit untersucht.⁸ Mit einer aktualisierten und verbreiterten Datenbasis (Kasten) wird

⁴ Ebenda, 52.

⁵ Vgl. dazu Müller, K.-U., Neumann, M., Wrohlich, K. (2013): Familienarbeitszeit – Wirkungen und Kosten einer Lohnersatzleistung bei reduzierter Vollzeitbeschäftigung. Friedrich-Ebert-Stiftung, Forum Politik und Gesellschaft, Berlin.

⁶ Vgl. Müller, K.-U., Wrohlich, K. (2015): Two steps forward – one step back? Evaluating contradicting child care policies in Germany. CESifo Economic Studies, im Erscheinen.

⁷ Vgl. Müller, K.-U. et al. (2013), a. a. O.

⁸ Vgl. dazu Müller, K.-U., Neumann, M., Wrohlich, K. (2015): Familienarbeitszeit – Wirkungen und Kosten einer Lohnersatzleistung bei reduzierter Vollzeitbeschäftigung. Folgeprojekt: Auswirkungen einer Korridorlösung und der Modellierung von Restriktionen am Arbeitsmarkt. DIW Berlin Politikberatung Kompakt Nr. 105.

Kasten

Methodik und Datenbasis

Die Wirkungen und erwarteten Kosten einer finanziellen Leistung bei Familienarbeitszeit werden auf Basis eines Mikrosimulationsmodells mit Verhaltensanpassung untersucht. Mit diesem Ansatz können zum einen die Einkommensänderungen und Aufkommenswirkungen von noch nicht implementierten Reformen berechnet werden. Zum anderen können auf Basis eines geschätzten Verhaltensmodells die durch eine solche Reform induzierten Änderungen im Arbeitsangebot von Individuen simuliert werden.¹

Das erste Element eines Mikrosimulationsmodells ist ein bevölkerungsrepräsentativer Mikrodatensatz mit detaillierten Informationen zu Einkommen, Arbeitszeit und weiteren sozio-demografischen Merkmalen. Für die vorliegende Anwendung wird eine Stichprobe verwendet, die sich aus Daten des Sozio-oekonomischen Panels (SOEP) und der Befragung „Familien in Deutschland“ (FiD) zusammensetzt. Das SOEP² ist eine seit 1984 durchgeführte repräsentative und wiederholt durchgeführte Befragung von Haushalten in Deutschland. Seit dem Jahr 2010 steht ergänzend das FiD³ zur Verfügung, das – analog zum SOEP – in Kooperation des DIW Berlin mit TNS Infratest Sozialforschung erhoben wird. Das FiD ist ebenfalls eine jährliche Wiederholungsbefragung, wobei der Fokus auf Haushalten mit Kindern (insbesondere Familien mit niedrigem Einkommen, Mehrkinderfamilien, Alleinerziehende und Familien mit sehr jungen Kindern) in Deutschland liegt. In der Kombination aus SOEP und FiD steht eine Stichprobe mit einer ausreichenden Zahl (etwa 1 900 pro Jahr) von Beobachtungen zu Familien mit Kindern im Alter von einem bis drei Jahren zur Verfügung, um repräsentative Aussagen für diese Gruppe (ca. 1,7 Millionen Familien) treffen zu können.

Das zweite Element des Mikrosimulationsmodells ist ein Steuer-Transfer-Simulationsmodell.⁴ Auf Basis des SOEP und FiD werden die verfügbaren Einkommen für jeden Haushalt individuell simuliert. Die Simulation wird für den Status quo und die hypothetischen Reformalternativen durchgeführt. Auf dieser Basis können zunächst sowohl die Änderungen der verfügbaren Haushaltseinkommen als auch die fiskalischen Wirkungen

¹ Vgl. dazu auch Müller, K.-U. et al. (2013), a. a. O.

² Vgl. im Detail Wagner, G. G., Frick, J. R., Schupp, J. (2007): The German Socio-Economic Panel Study (SOEP) – Scope, Evolution and Enhancements. Schmollers Jahrbuch, 127(1): 139-169.

³ Vgl. Schröder, M., Siegers, R., Spieß, C. K. (2009): Familien in Deutschland (FiD) – Enhancing Research on Families in Germany. SOEP-papers Nummer 556.

⁴ Zu den Details des hier genutzten Steuer-Transfer-Mikrosimulationsmodell STSM vgl. Steiner, V., Wrohlich, K., Haan, P., Geyer, J. (2012): Documentation of the Tax-Benefit Microsimulation Model STSM. Version 2012, Data Documentation 63, DIW Berlin.

von Reformen unter der Annahme berechnet werden, dass die Individuen ihr Verhalten infolge der Reform nicht anpassen. Das Modell berücksichtigt die wesentlichen Elemente des deutschen Steuer- und Transfersystems (beispielsweise die Einkommensteuer, die Sozialversicherungsbeiträge und sämtliche wohlfahrtsstaatliche Transfers) zum Rechtsstand 2015.

Das dritte Element der Mikrosimulation bildet ein strukturelles ökonometrisches Verhaltensmodell, das das Arbeitsangebot von Müttern und Vätern als simultane Entscheidung abbildet. Dieses Modell ist als diskretes Auswahlmodell spezifiziert.⁵ Dabei wird angenommen, dass ein Haushalt (beziehungsweise eine alleinerziehende Person) zwischen mehreren Alternativen auswählt, die sich aus verschiedenen Kombinationen von Arbeitsstunden der Partner, entsprechender Freizeit und einem damit verbundenen Nettoeinkommen ergeben. Neben Nichterwerbstätigkeit, geringfügiger Beschäftigung (diese Kategorie existiert im Modell nur für Frauen), Teilzeit, Vollzeit und Vollzeit mit Überstunden (diese Kategorie existiert im Modell nur für Männer) können zwei Varianten der „reduzierten Vollzeit“ (zwischen 25 und 29 beziehungsweise zwischen 30 und 35 Stunden pro Woche) gewählt werden. Während im Basis-Modell nur die „große“ Variante der reduzierten Vollzeit gefördert wird, hat man im Korridor-Modell bei beiden Varianten Anspruch auf die hier untersuchte Ersatzleistung bei Familienarbeitszeit. Aufgrund der Ähnlichkeit der beiden Varianten der „reduzierten Vollzeit“, wird der Auswahlprozess in zwei Stufen modelliert. Zuerst wählt ein Haushalt zwischen den verschiedenen Varianten der reduzierten Vollzeit aus. In einem zweiten Schritt muss er sich dann zwischen der nutzenmaximierenden Variante und allen anderen Alternativen entscheiden.

Für die Schätzung der Parameter des Arbeitsangebotsmodells wird nur die Entscheidung der zweiten Stufe berücksichtigt. Dabei werden für jeden Haushalt für alle möglichen Arbeitszeitkategorien hypothetische Nettoeinkommen simuliert. Unter der Annahme, dass Präferenzen und Normen (zumindest kurzfristig) durch eine Reform nicht wesentlich verändert werden, können auf Basis der im Modell identifizierten Verhaltensparameter die Veränderungen im Arbeitsangebotsverhalten der Haushalte prognostiziert werden, die aus den reformbedingten Einkommensänderungen resultieren.⁶

Der Datensatz für die vorliegende Untersuchung besteht aus drei Wellen des SOEP und FID. Die Stichprobe enthält 4465 Paare sowie 1 174 alleinerziehende Mütter mit Kindern im zweiten, dritten und vierten Lebensjahr (Tabelle). Das entspricht hochgerechnet mehr als 4,5 Millionen Familien in Deutschland. Paare, bei denen ein Elternteil selbständig, in Ausbildung oder bereits in Rente oder über 65 Jahre alt ist, werden in diesem Modell ausgeschlossen. Somit bleiben für die Simulationen 3 355 Paare und 1 001 Alleinerziehende mit Kindern in der Altersgruppe. Für die Schätzung der strukturellen Parameter wird das gesamte Sample der Wellen 2010 bis 2012 des Verhaltensmodells verwendet. Da manche Familien in mehreren Jahren vorkommen, basiert dieser Datensatz auf Beobachtungen 2 064 unterschiedlicher Paare und 660 unterschiedlicher Alleinerziehender. Die Simulation der Reformeffekte stützt sich nur auf Daten aus dem Jahr 2012. Die Einkommensvariablen werden mit konstanten Wachstumsraten auf das Jahr 2015 fortgeschrieben, um möglichst nah am aktuellen Rand zu sein.

Tabelle

Beschreibung der Stichprobe

	Fallzahlen	Anteil in Prozent	Hochrechnung	Anteil in Prozent
Paare				
Familien mit Kindern zwischen 1 und 3 Jahren	4 465	100,00	3 533 726	100,00
<i>Darunter:</i>				
Nicht selbstständig	4 105	91,94	3 230 180	91,41
Nicht negatives Einkommen	4 100	91,83	3 228 563	91,36
Mütter und Väter ≤ 65 Jahre	4 098	91,78	3 221 925	91,18
Arbeitsangebot flexibel ¹	3 355	75,14	2 656 495	75,18
Unterschiedliche Paare	2 064			
Alleinerziehende Frauen				
Haushalte mit Kindern zwischen 1 und 3 Jahren	1 174	100,00	1 052 554	100,00
<i>Darunter:</i>				
Nicht selbstständig	1 133	96,51	1 014 268	96,36
Nicht negatives Einkommen	1 132	96,42	1 011 685	96,12
Mutter ≤ 65 Jahre	1 132	96,42	1 011 685	96,12
Arbeitsangebot flexibel ¹	1 001	85,26	892 406	84,78
Unterschiedliche Frauen	660			

¹ Nicht selbstständig, in Ausbildung oder in Rente.

Quellen: SOEP 2010, 2011, 2012; FID 2010, 2011, 2012; eigene Berechnungen.

⁵ Vgl. beispielsweise Van Soest, A. (1995): Structural Models of Family Labor Supply: A Discrete Choice Approach. Journal of Human Resources, 30(1), 63–88.

⁶ Zu Details des Verhaltensmodells vgl. Müller, K.-U. et al. (2013), a. a. O. und Steiner, V. et al. (2012), a. a. O.

zunächst die Ausgestaltung der Familienarbeitszeit als Lohnersatzleistung mit derjenigen als Pauschalleistung verglichen.

Darüber hinaus wird untersucht, inwiefern sich eine Lockerung der Anspruchsvoraussetzungen auf die Zahl der Anspruchsberechtigten auswirkt. Zusätzlich zum bisherigen Konzept mit einer festen Arbeitszeitvorgabe von 32 Stunden pro Elternteil wird dafür in einem alternativen Modell ein Arbeitszeitkorridor zwischen 28 und 32 Stunden eingeführt, innerhalb dessen beide Partner beschäftigt sein müssen, um leistungsberechtigt zu sein. Insgesamt werden somit vier verschiedene Kombinationen aus den Varianten Lohnersatzleistung/Pauschalleistung sowie dem Basis-Modell mit festen Arbeitszeitvorgaben und dem Korridor-Modell untersucht.

Pauschalbetrag oder Lohnersatzleistung

Eine finanzielle Förderung der Familienarbeitszeit ist zum einen als Lohnersatzleistung denkbar: In dieser Variante erhalten – sofern alle Anspruchsvoraussetzungen erfüllt sind – beide Elternteile einen gewissen Prozentsatz der Differenz im Nettoeinkommen bei Vollzeiter-

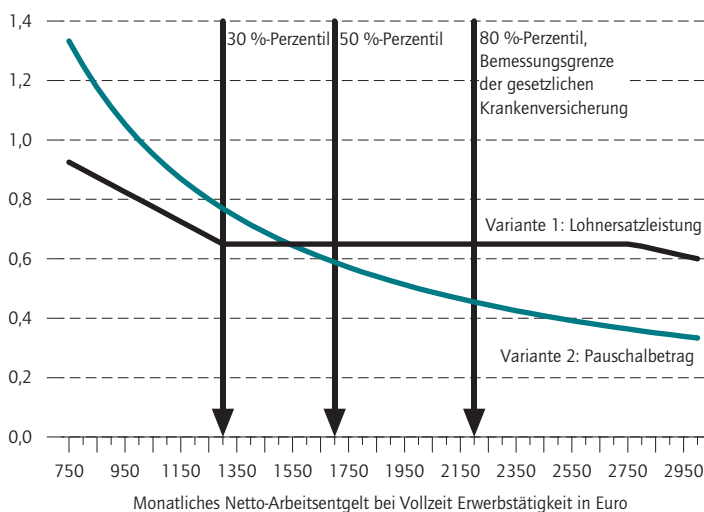
werbstätigkeit und vollzeitnaher Teilzeiterwerbstätigkeit. Die hier vorgestellte Studie wählt für diese Variante eine Lohnersatzrate, die im mittleren und oberen Einkommensbereich 65 Prozent beträgt. Für Netto-Einkommen unter 1300 Euro (das entspricht in etwa dem 30. Perzentil)⁹ steigt die Ersatzrate mit abnehmendem Einkommen um 0,05 Prozentpunkte pro Euro an. Für hohe Einkommen wird die Lohnersatzleistung bei maximal 360 Euro pro Monat gedeckelt. Durch diese Deckelung sinkt die Ersatzrate ab einem Einkommen von 2750 Euro monatlich (Abbildung).

Alternativ zu einer einkommensabhängigen wäre auch eine pauschale Leistung denkbar. Damit würde der Aufwand für die Berechnung des Anspruchs entfallen. In der Variante mit Pauschalleistung wurde deren Höhe auf monatlich 250 Euro pro Elternteil festgesetzt, da hierbei – ohne Berücksichtigung von Verhaltensanpassungen – ähnliche fiskalische Kosten entstünden. Für niedrige Einkommen entspräche eine Leistung in dieser Höhe einer Ersatzrate von 100 Prozent und mehr, für mittlere Einkommen wären es rund 60 Prozent und für hohe Einkommen um das 80. Perzentil etwa 45 Prozent. Im Vergleich zur Ausgangsvariante mit variabler Lohnersatzrate wäre die Pauschalleistung für Personen im unteren Einkommensbereich (die unteren 40 Prozent der Verteilung) zunehmend großzügiger; Individuen mit höheren Einkommen würden dagegen deutlich weniger von der Pauschalleistung profitieren. Damit hätte eine pauschale Geldleistung eine stärker umverteilende Wirkung.

Abbildung

Höhe der Lohnersatzleistung in Abhängigkeit des Netto-Arbeitsentgeltes

Prozentsatz der Lohnersatzleistung



Quelle: Eigene Berechnungen des DIW Berlin.

© DIW Berlin 2015

Von einer Pauschalleistung würden vor allem Familien mit geringem Einkommen profitieren.

Feste Arbeitszeitvorgaben oder Arbeitszeitkorridor

Eine wesentliche Stellschraube des Konzepts der Familienarbeitszeit ist die Vorgabe bezüglich der Arbeitszeit beider Elternteile, die zum Bezug einer entsprechenden finanziellen Leistung berechtigt. Das ursprünglichen Konzept¹⁰ (etwa 32 Stunden Arbeitszeit pro Partner) wurde vor allem aus Sicht der betrieblichen Praxis, insbesondere von Arbeitnehmervertretern, häufig als zu restriktiv bewertet. Aus diesem Grund wird hier zusätzlich ein alternatives Modell evaluiert, bei dem beide Elternteile individuell aus einem Arbeitszeitkorridor von 28 bis 32 Wochenstunden wählen können. Die Op-

⁹ Netto-Arbeitsentgelte werden auf Basis des SOEP mit dem Steuer-Transfer-Simulationsmodells STSM simuliert. Vgl. Steiner, V., Wrohlich, K., Haan, P., Geyer, J. (2012): Documentation of the Tax-Benefit Microsimulation Model STSM. Version 2012, Data Documentation 63, DIW Berlin. Die Bruttoentgelte basieren auf Zahlen der Bundesagentur für Arbeit. Vgl. Bundesagentur für Arbeit (2010): Beschäftigungsstatistik: Sozialversicherungspflichtige Bruttoarbeitsentgelte. Bundesagentur für Arbeit (BA) - Statistik, Nürnberg. Bei diesen Modellrechnungen werden die Arbeitsentgelte von sozialversicherungspflichtigen Vollzeit-Beschäftigten simuliert.

¹⁰ Vgl. Müller, K.-U., Neumann, M., Wrohlich, K. (2013), a. a. O.

tion, alle möglichen Kombinationen innerhalb des Korridors zu wählen, eröffnet Familien einen größeren Entscheidungsspielraum.

Pauschalleistung führt zu ähnlichen Verhaltensreaktionen wie Lohnersatzleistung

Wie die frühere Studie des DIW Berlin¹¹ gezeigt hat, würde eine Lohnersatzleistung bei Familienarbeitszeit in der kurzen Frist dazu führen, dass der Anteil der Familien, in denen beide Elternteile exakt 80 Prozent einer Vollzeitstelle arbeiten, um 0,9 Prozentpunkte stiege. Behält man zunächst die starre Arbeitszeitvorgabe bei, ergeben sich für die hier vorgestellte großzügigere Variante einer Lohnersatzleistung höhere Effekte:¹² Auf Basis des hier verwendeten Mikrosimulationsmodells würde der Anteil der Eltern, die die Familienarbeitszeit nutzen, um 1,8 Prozentpunkte auf insgesamt rund 2,5 Prozent ansteigen, wenn die Leistung als Lohnersatz gezahlt würde (Tabelle 1, Spalten 1 und 2). Der durchschnittliche Effekt ändert sich kaum, wenn anstatt einer Lohnersatzleistung ein Pauschalbetrag von monatlich 250 Euro pro Elternteil angesetzt wird (Tabelle 2, Spalten 1 und 2).

Die Effekte unterscheiden sich für einzelne Gruppen nur geringfügig. Familien in Ostdeutschland würden die Familienarbeitszeit stärker in Anspruch nehmen als Familien in Westdeutschland. Das Modell ist offenbar für Familien mit einem Kind etwas attraktiver als für Familien mit mehreren Kindern. Zudem würde die Familienarbeitszeit häufiger in den oberen Einkommensgruppen genutzt als in den unteren, insbesondere bei der Variante der Lohnersatzleistung. So wählen nach deren Einführung insgesamt zwei Prozent der Familien aus dem untersten Einkommensquartil dieses Arbeitszeitmodell. Im obersten Quartil sind es mehr als 3,6 Prozent (Tabelle 1, Spalte 1).

Die Unterschiede nach Einkommensquartilen fallen in der Variante mit der Pauschalleistung etwas geringer aus (Tabelle 2, Spalte 1). Individuen mit geringeren Einkommen erhalten hier eine höhere Förderung, wodurch der Anreiz, die Familienarbeitszeit zu nutzen, verstärkt wird. Spiegelbildlich wird der Anreiz, einer vollzeitnahen Teilzeittätigkeit nachzugehen, für höhere Einkommensgruppen reduziert. Hinter ähnlichen Durchschnittseffekten verbergen sich demnach teilweise unterschiedliche Gruppen: Bei einer Pauschal-

leistung würden Haushalte mit niedrigeren Einkommen etwas stärker profitieren.

In beiden Ausgestaltungsvarianten steigt die Partizipation am Arbeitsmarkt sowie das Arbeitsvolumen in den verschiedenen Teilgruppen. Die Familienarbeitszeit erhöht die Beschäftigungsquoten von Frauen in beiden Varianten um etwa 0,4 Prozentpunkte. Das gesamte Arbeitsvolumen von Frauen steigt um durchschnittlich gut ein Prozent. Männer arbeiten hingegen gut 0,1 Prozent weniger, da sie in der Regel ausgehend von einer Vollzeitstelle ihre Arbeitszeit reduzieren (Tabellen 1 und 2, Spalten 4 bis 8). Allerdings wird dies durch den Anstieg der Arbeitszeit der Frauen überkompensiert.

Arbeitszeitkorridor führt zu höherer Inanspruchnahme der Familienarbeitszeit

Eine flexiblere Gestaltung der Anspruchsvoraussetzungen zur Arbeitszeit würde zu einer stärkeren Nutzung der Familienarbeitszeit führen. Wären Familien anspruchsberechtigt, wenn beide Elternteile eine Arbeitszeit zwischen 28 und 32 Stunden pro Woche wählen (anstatt einer starren Vorgabe zur Arbeitszeit), würden mehr Paare dieses Arrangement nutzen: Im Fall einer Lohnersatzleistung würden insgesamt 3,2 Prozent der Familien das Angebot nutzen (Tabelle 3, Spalte 1), die Pauschalleistung würden 2,9 Prozent in Anspruch nehmen (Tabelle 4, Spalte 1).

Allerdings führt die Verbreiterung der Berechtigungsbasis dazu, dass deutlich mehr Haushalte für die Leistung qualifiziert sind, ohne ihr Verhalten ändern zu müssen. Neben solchen sogenannten Mitnahmeeffekten gibt es aber auch Familien, die sich nur aufgrund der Neuregelung für die Familienarbeitszeit entscheiden. Diese Verhaltenseffekte fallen im Korridor-Modell geringer aus als im Basis-Modell mit festen Arbeitszeitvorgaben: Der Anteil von Paaren, die sich aufgrund der Neuregelung für ein entsprechendes Arbeitszeitarrangement entscheiden, beträgt bei einer Lohnersatzleistung (Pauschalleistung) 1,4 Prozentpunkte (1,1 Prozentpunkte). Demgegenüber liegt der gesamte Zuwachs im Basis-Modell mit festen Arbeitszeitvorgaben für Lohnersatz- und Pauschalleistung jeweils bei etwa 1,8 Prozentpunkten (Tabellen 1 und 2, Spalte 2). Allerdings speist sich ein gewichtiger Anteil dieses Zuwachses im Basis-Modell aus „ähnlichen“ Arbeitszeitkategorien, das heißt Mutter oder Vater sind ohne Leistung zwischen 28 und 31 Stunden beschäftigt. Ein besserer Vergleichsmaßstab für den Verhaltenseffekt im Korridor-Modell in Höhe von 1,4 (Lohnersatzleistung) beziehungsweise 1,1 Prozentpunkten (Pauschalbetrag) ist daher der Zuwachs aus anderen, weiter entfernten Kategorien (weniger als 28 Stunden oder mehr als 32 Stunden). Im Basis-Modell beträgt dieser Verhaltenseffekt etwa 0,8 Pro-

¹¹ Ebenda.

¹² In der hier vorgestellten Variante der Lohnersatzleistung steigt die Lohnersatzrate für Nettoeinkommen unter 1 300 Euro mit abnehmenden Einkommen um 0,05 Prozentpunkte pro Euro. In der ursprünglichen Variante stieg die Ersatzrate nur für Einkommen unter 1 000 Euro.

Tabelle 1

Verhaltenseffekte¹ Paare – Basis-Modell, Variante 1: Lohnersatzleistung

In Prozent

	Familienarbeitszeit			Änderung der Arbeitsstunden			Änderung der Partizipation	
	Nutzung	Zuwachs in Prozentpunkten		Insgesamt	Frauen	Männer	Frauen	Männer
	Insgesamt	Insgesamt	aus Kategorien außerhalb des Korridors 28 bis 32 Stunden					
Alle Paare	2,53	1,79	0,84	0,18	1,03	-0,14	0,37	0,03
West	2,14	1,64	0,67	0,19	1,19	-0,11	0,38	0,02
Ost	4,56	2,58	1,71	0,09	0,64	-0,28	0,35	0,06
1. Quartil	2,02	1,5	0,61	0,19	1,1	-0,09	0,36	0,02
2. Quartil	2,33	1,66	0,75	0,16	1,01	-0,12	0,35	0,02
3. Quartil	2,61	1,89	0,85	0,2	1,14	-0,14	0,4	0,03
4. Quartil	3,64	2,34	1,38	0,14	0,84	-0,26	0,38	0,03
1 Kind	3,06	2,09	1,05	0,18	1,1	-0,18	0,41	0,02
>1 Kind	2,24	1,63	0,72	0,18	0,99	-0,11	0,35	0,03

¹ Alle Werte sind statistisch signifikant auf dem 1 %-Niveau.

Quellen: SOEP 2010, 2011, 2012; FiD 2010, 2011, 2012; eigene Berechnungen.

© DIW Berlin 2015

Tabelle 2

Verhaltenseffekte¹ Paare – Basis-Modell, Variante 2: Pauschalbetrag

In Prozent

	Familienarbeitszeit			Änderung der Arbeitsstunden			Änderung der Partizipation	
	Nutzung	Zuwachs in Prozentpunkten		Insgesamt	Frauen	Männer	Frauen	Männer
	Insgesamt	Insgesamt	aus Kategorien außerhalb des Korridors 28 bis 32 Stunden					
Alle Paare	2,56	1,82	0,84	0,2	1,1	-0,14	0,41	0,03
West	2,12	1,62	0,62	0,21	1,22	-0,1	0,4	0,02
Ost	4,84	2,86	1,97	0,13	0,8	-0,33	0,43	0,07
1. Quartil	2,24	1,73	0,76	0,24	1,37	-0,11	0,48	0,03
2. Quartil	2,43	1,76	0,82	0,18	1,12	-0,13	0,4	0,03
3. Quartil	2,65	1,93	0,88	0,21	1,22	-0,15	0,44	0,03
4. Quartil	3,17	1,86	0,95	0,12	0,64	-0,18	0,27	0,02
1 Kind	3,05	2,08	1,02	0,2	1,15	-0,17	0,43	0,03
>1 Kind	2,29	1,67	0,74	0,2	1,07	-0,11	0,39	0,03

¹ Alle Werte sind statistisch signifikant auf dem 1 %-Niveau.

Quellen: SOEP 2010, 2011, 2012; FiD 2010, 2011, 2012; eigene Berechnungen.

© DIW Berlin 2015

zentpunkte sowohl für die Lohnersatz als auch für die Pauschalleistung (Tabellen 1 und 2, Spalte 3) und ist damit etwas geringer als im Korridor-Modell.

Durch die Flexibilisierung der Wahlmöglichkeiten wird der Kreis der Berechtigten deutlich größer, das heißt mehr Familien profitieren von der Leistung. Allerdings führt das Korridor-Modell nur zu moderat höheren Len-

kungswirkungen in Bezug auf die Arbeitszeitverteilung zwischen beiden Elternteilen. Im Gegensatz zum Basis-Modell steigt das gesamte Arbeitsvolumen nicht.

Fiskalische Kosten überschaubar

Im Vergleich zu anderen familienorientierten Leistungen (wie zum Beispiel dem Elterngeld) sind die in der kurzen

Tabelle 3

Verhaltenseffekte Paare - Korridor-Modell¹, Variante 1: Lohnersatzleistung

In Prozent

	Familienarbeitszeit		Änderung der Arbeitsstunden			Änderung der Partizipation	
	Nutzung insgesamt	Zuwachs in Prozentpunkten	Insgesamt	Frauen	Männer	Frauen	Männer
Alle Paare	3,2	1,39	-0,04	0,8	-0,35	0,55	0,04
West	2,83	1,23	0,01	1,02	-0,31	0,61	0,03
Ost	5,1	2,21	-0,24	0,24	-0,57	0,36	0,08
1. Quartil	2,69	1,12	0,03	0,98	-0,27	0,59	0,04
2. Quartil	3	1,29	-0,03	0,84	-0,32	0,55	0,03
3. Quartil	3,29	1,44	-0,03	0,89	-0,35	0,59	0,04
4. Quartil	4,26	1,97	-0,18	0,43	-0,53	0,44	0,05
1 Kind	3,76	1,66	-0,09	0,76	-0,42	0,56	0,03
>1 Kind	2,88	1,24	-0,01 ²	0,82	-0,3	0,54	0,04

¹ Der gesamte Zuwachs speist sich definitionsgemäß aus Kategorien außerhalb des Korridors 28 bis 32 Stunden. Alle Werte sind statistisch signifikant mindestens auf dem 10%-Niveau.

² Nicht signifikant.

Quellen: SOEP 2010, 2011, 2012; FiD 2010, 2011, 2012; eigene Berechnungen.

© DIW Berlin 2015

Tabelle 4

Verhaltenseffekte Paare - Korridor-Modell¹, Variante 2: Pauschalbetrag

In Prozent

	Familienarbeitszeit		Änderung der Arbeitsstunden			Änderung der Partizipation	
	Nutzung insgesamt	Zuwachs in Prozentpunkten	Insgesamt	Frauen	Männer	Frauen	Männer
Alle Paare	2,94	1,13	0,04	0,77	-0,22	0,43	0,04
West	2,52	0,93	0,07	0,88	-0,18	0,45	0,03
Ost	5,04	2,16	-0,06	0,47	-0,42	0,38	0,08
1. Quartil	2,64	1,07	0,12	1,07	-0,18	0,55	0,05
2. Quartil	2,83	1,12	0,04	0,82	-0,22	0,45	0,03
3. Quartil	3,04	1,18	0,04	0,84	-0,24	0,46	0,03
4. Quartil	3,44	1,15	-0,06	0,29	-0,25	0,21	0,03
1 Kind	3,41	1,31	0,02 ²	0,74	-0,27	0,43	0,03
>1 Kind	2,67	1,03	0,06	0,78	-0,19	0,43	0,04

¹ Der gesamte Zuwachs speist sich definitionsgemäß aus Kategorien außerhalb des Korridors 28 bis 32 Stunden. Alle Werte sind statistisch signifikant mindestens auf dem 10%-Niveau.

² Nicht signifikant.

Quellen: SOEP 2010, 2011, 2012; FiD 2010, 2011, 2012; eigene Berechnungen.

© DIW Berlin 2015

Frist zu erwartenden Kosten für eine finanzielle Leistung bei Familienarbeitszeit überschaubar.¹³ Dies liegt natürlich an der zunächst geringen Anzahl anspruchsberechtigter Familien. Die Bruttokosten bestehen aus der Summe der Geldleistungen, die an Beschäftigte in den

jeweils geförderten Arrangements der Familienarbeitszeit gezahlt werden. Je nach Ausgestaltung des Modells belaufen sie sich auf etwa 220 (Pauschalbetrag mit starrer Arbeitszeitvorgabe) bis 350 Millionen Euro (Lohnersatzleistung mit Arbeitszeitkorridor) pro Jahr (Tabelle 5).

¹³ Die Ergebnisse zu den fiskalischen Kosten beziehen sich auf die Gesamtkosten der Leistung für Paarhaushalte mit Kindern und Alleinerziehende.

Da die Familienarbeitszeit in den meisten Varianten zu einer Erhöhung des Arbeitsvolumens führt, steigen

Tabelle 5

Erwartete Kosten der Familienarbeitszeit

In Millionen Euro pro Jahr

	Variante 1: Lohnersatzleistung		Variante 2: Pauschalbetrag	
	Basis-Modell	Korridor-Modell	Basis-Modell	Korridor-Modell
Ausgaben für Familienarbeitszeit (Bruttokosten)	226,98	353,55	222,02	259,61
Zusätzliche Einnahmen				
Einkommenssteuer einschließlich Solidaritätszuschlag	54,21	4,87	56,86	25,12
Sozialversicherungsbeiträge	16,88	7,68	16,47	9,02
Einsparungen bei Transferzahlungen				
Kinderzuschlag	0,50	3,44	3,24	3,83
Arbeitslosengeld II	10,08	17,05	12,60	16,50
Wohngeld	1,45	2,40	2,03	2,47
Nettokosten	143,86	318,11	130,82	202,67

Quellen: SOEP 2010, 2011, 2012; FID 2010, 2011, 2012; eigene Berechnungen.

© DIW Berlin 2015

aber gleichzeitig auch die Einkommensteuereinnahmen und die Sozialversicherungsbeiträge. Zudem ergeben sich Einsparungen bei anderen Sozialleistungen wie zum Beispiel beim Kinderzuschlag, beim Arbeitslosengeld II und dem Wohngeld. Die Nettokosten der Familienarbeitszeit sind demnach deutlich geringer als die Bruttokosten und belaufen sich – je nach Ausgestaltung – auf 130 bis 320 Millionen Euro pro Jahr.

Das Korridor-Modell verursacht im Vergleich zum Basis-Modell deutlich höhere Bruttokosten. Das gilt insbesondere für die Variante als Lohnersatzleistung (Tabelle 5, Spalte 2). Hier steigen die Ansprüche für geringere Arbeitszeiten im Korridor, da jeweils die Differenz zum Vollzeiteinkommen partiell ersetzt wird. Aufgrund dieser Anreize und den damit verbundenen Verhaltensreaktionen sind auch die Einsparungen in dieser Variante geringer und die Nettokosten vergleichsweise hoch. Diese Probleme entstehen in der Korridor-Variante mit Pauschalleistung nicht, was sich in deutlich geringeren Brutto- und Nettokosten niederschlägt. (Tabelle 5, Spalte 4).

Generell ist mittel- bis langfristig ein deutlicherer Anstieg der Inanspruchnahme der Leistung durch einen Wandel der Arbeitszeitpräferenzen von Vätern und Müttern und ein günstigeres Klima für diese Zeitarrangements am Arbeitsmarkt denkbar. Diese Änderungen sozialer Normen beziehungsweise Präferenzen sowie Veränderungen auf Seiten der Arbeitgeber sind in der vorliegenden Simulation nicht erfasst. Falls es in der

mittleren bis längeren Frist zu deutlicheren Verschiebungen in der Arbeitszeit hin zu dem Modell der Familienarbeitszeit kommt, ist mit höheren Kosten zu rechnen.

Fazit

Um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf für Frauen in Deutschland zu verbessern, ist neben der öffentlichen Förderung von Kinderbetreuungsplätzen auch die stärkere Beteiligung von Vätern bei der Kinderbetreuung und Haushaltsarbeit notwendig. Die Partnerschaftsmonate beim Elterngeld und auch die neuen Regelungen beim ElterngeldPlus sind ein erster Schritt in diese Richtung. Das Konzept der Familienarbeitszeit geht noch einen Stück weiter: Die Idee dieser Leistung ist es, nur Familien finanziell zu fördern, in denen beide Elternteile sowohl Erwerbs- als auch Familienarbeit übernehmen. Anspruchsvoraussetzung für diese Leistung ist, dass beide Elternteile in vollzeitnaher Teilzeit erwerbstätig sind. Die Leistung ist grundsätzlich auch für Alleinerziehende ausgelegt.¹⁴

Die Berechnungen zeigen, dass – je nach Ausgestaltung der Leistung und der Anspruchsvoraussetzungen – der Anteil von Familien mit Kindern von zwei bis vier Jahren, in denen beide Elternteile in vollzeitnaher Teilzeit erwerbstätig sind, um knapp zwei Prozentpunkte auf 2,5 bis drei Prozent steigen würde. Dabei zeigt sich zwischen einer Variante mit Lohnersatzleistung und der Variante mit Pauschalleistung kaum ein Unterschied. Bei Letzterer profitieren Haushalte mit geringeren Einkommen allerdings etwas mehr. Zudem verursacht eine Pauschalleistung weniger Verwaltungsaufwand und erhöht die Transparenz für potenziell Berechtigte. Damit erscheint diese Variante für eine Umsetzung besser geeignet.

Der Vergleich der Anspruchsvoraussetzungen unterschiedlicher Modelle bezüglich der Arbeitszeit zeigt: Ein flexibler Arbeitszeitkorridor von 28 bis 32 Stunden pro Woche für beide Elternteile erreicht insgesamt mehr Familien als ein Modell mit einer festen Vorgabe von 32 Stunden für beide Eltern. Allerdings erhöht sich das gesamte Arbeitsvolumen nicht, wenn beide Elternteile aus einem Arbeitszeitkorridor wählen können.

Die fiskalischen Kosten für eine finanzielle Förderung der Familienarbeitszeit sind in allen Szenarien – im Vergleich zu anderen familienorientierten Leistungen – überschaubar. In der teuersten Variante als Lohnersatzleistung mit Korridor fallen jährliche Nettokosten

¹⁴ Vgl. für Resultate zu Alleinerziehenden Müller, K.-U., Neumann, M., Wrohlich, K. (2015), a. a. O.

von rund 320 Millionen Euro pro Jahr an. Eine Ausgestaltung als Pauschalleistung würde die Kosten verringern. Bei der Interpretation dieser Ergebnisse ist jedoch zu beachten, dass sie nur kurzfristige Effekte widergeben. Das zugrunde gelegte Simulationsmo-

dell kann Änderungen bei sozialen Normen und Präferenzen nicht abbilden. Denkbar ist jedoch, dass sich mittel- bis längerfristig deutlich mehr Paare für die Familienarbeitszeit entscheiden, wodurch auch die Kosten steigen würden.

Kai-Uwe Müller ist Wissenschaftlicher Mitarbeiter in der Abteilung Staat am DIW Berlin | kmuller@diw.de

Michael Neumann ist Doktorand in der Abteilung Staat am DIW Berlin | mneumann@diw.de

Katharina Wrohlich ist Stellvertretende Abteilungsleiterin in der Abteilung Staat am DIW Berlin | kwrohlich@diw.de

THE "FAMILY WORKING-TIME BENEFITS MODEL" (FAMILIENARBEITSZEIT): GIVING MOTHERS MORE TIME FOR WORK, GIVING FATHERS MORE TIME FOR FAMILY

Abstract: Two years ago, DIW Berlin introduced "*Familienarbeitszeit*", which provides financial incentives for families in which both partners decide to take on reduced full-time employment (working hours amounting to roughly 80 percent of a full-time job). This study investigates further developments of this model: In addition to a more generous wage replacement variant, the study examines a simplified variant with a lump sum benefit that serves as a sensible alternative, since it entails fewer administrative burdens and

lower overall costs. The benefit's eligibility requirements are also flexibilized: Instead of having to adhere to a fixed working-time requirement (base model), any parent whose working hours fall within the "corridor" of 28 to 32 hours per week is entitled to the benefits (corridor model). The corridor model increases the number of eligible recipients, and thus utilization rises somewhat more than it does with the base model; however, a corridor model would also come with higher costs.

JEL: J13, J22, J16

Keywords: family benefits, reduced working hours, gender equality



Dr. Kai-Uwe Müller,
Wissenschaftlicher Mitarbeiter
in der Abteilung Staat am DIW Berlin

SECHS FRAGEN AN KAI-UWE MÜLLER

»Kosten für die Familienarbeitszeit sind in der kurzen Frist überschaubar«

- Herr Müller, wie steht es aktuell um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf in Deutschland? Seit der Einführung des Elterngeldes hat sich die Situation verbessert. Insbesondere der Ausbau der Kindertagesbetreuung hat hierzu beigetragen. Auf der anderen Seite gibt es immer noch eine relativ große Unzufriedenheit mit der Vereinbarkeit. Insbesondere Mütter würden gerne stärker am Arbeitsmarkt partizipieren. Väter tun das deutlich stärker und möchten ihre Stunden häufig sogar reduzieren.
- Welche Rolle spielen die Väter bei der Vereinbarkeit von Familie und Beruf? Traditionell herrscht in Deutschland das sogenannte Ein-Verdiener-Modell vor, bei dem Väter in der Regel in Vollzeit arbeiten und Mütter, zumindest wenn die Kinder jünger sind, gar nicht oder nur in geringfügigem Umfang erwerbstätig sind. Insofern ist Vereinbarkeit in erster Linie ein Mütterproblem. Mit Reformen wie dem Elterngeld und dem ElterngeldPlus wurden erste Ansätze zu einer besseren Balance bei Arbeits- und Erziehungszeiten von Vätern und Müttern geschaffen.
- Die Friedrich-Ebert-Stiftung hat vor einiger Zeit das Konzept einer Lohnersatzleistung bei Familienarbeitszeit vorgeschlagen. Was ist dabei die Grundidee? Die Familienarbeitszeit setzt in der Phase nach dem Elterngeld an. Das heißt, sie ist für Familien mit Kindern im Alter von ein bis drei Jahren gedacht. Die Grundidee besteht darin, dass es eine finanzielle Leistung für jene Familien gibt, in denen sowohl der Vater wie auch die Mutter in einer vollzeitnahen Teilzeitbeschäftigung tätig sind. Der Einkommensverlust im Vergleich zu einer Vollzeittätigkeit wird in diesem Fall partiell ersetzt.
- Das DIW Berlin hat in einer aktuellen Studie neue Varianten einer finanziellen Leistung bei der Familienarbeitszeit untersucht. Was unterscheidet das neue vom alten Modell? Im neuen Modell haben wir das Konzept vor allem in zwei Bereichen erweitert oder ergänzt. Zum einen bei der Gestaltung der finanziellen Leistung: Im alten Konzept war nur eine Lohnersatzleistung vorgesehen, bei der sich die finanzielle Leistung an der Höhe des Einkommens der Beschäftigten orientiert. Wir schlagen hier alternativ eine Pauschalleistung, also einen fixen Betrag in Höhe von 250 Euro vor, der das Ganze vereinfacht. Der zweite Punkt sind die Voraussetzungen in Bezug auf die Arbeitszeit. Im alten Modell gab es eine starre Arbeitszeitvorgabe. Die Leistung konnte nur bezogen werden, wenn wirklich beide Partner exakt im Umfang einer vollzeitnahen Teilzeit von etwa 32 Stunden gearbeitet haben. Das wurde jetzt flexibilisiert auf einen sogenannten Arbeitszeitkorridor. Zwischen 28 und 32 Stunden können nun beide Partner ihre Arbeitszeit frei wählen und sind immer noch leistungsberechtigt. Damit sind sie in ihrer Wahl flexibler. Durch diese Verbreiterung des Anspruches würden insgesamt mehr Leute gefördert.
- Welche Familien profitieren mehr und welche weniger? In Bezug auf Pauschalbetrag versus Lohnersatzleistung finden wir im Großen und Ganzen recht ähnliche Gesamteffekte. Die Anreize für die Nutzung der Familienarbeitszeit wären in etwa gleich. Allerdings wäre die Pauschalleistung für Haushalte mit niedrigeren Einkommen tendenziell etwas günstiger, weil diese anteilig mehr Geld bekommen würden. Spiegelbildlich würden Haushalte mit höheren Einkommen tendenziell etwas weniger Förderung erhalten. Insofern ist die Pauschalleistung etwas stärker umverteilend, man könnte auch sagen, etwas sozialer ausgestaltet.
- Welche Kosten entstehen dem Staat durch die Familienarbeitszeit? Prinzipiell entstehen dem Staat natürlich direkt die Kosten durch die finanzielle Leistung. Da aber in den meisten Szenarien des Modells das gesamte Arbeitsvolumen sogar steigt, gibt es auf der anderen Seite Einsparungen bei den Sozialleistungen und sogar etwas höhere Einnahmen bei der Einkommensteuer. Im Vergleich zu vielen anderen familienpolitischen Leistungen sind die fiskalischen Kosten dieses Konzepts sehr überschaubar. Wir rechnen mit Gesamtkosten zwischen 130 und 320 Millionen Euro pro Jahr, je nach Ausgestaltung des Modells.

Das Gespräch führte Erich Wittenberg.



Das vollständige Interview zum Anhören finden Sie auf www.diw.de/interview

Höhere Qualität und geringere Kosten von Kindertageseinrichtungen – zufriedenerere Eltern?

Von Georg F. Camehl, Juliane F. Stahl, Pia S. Schober und C. Katharina Spieß

Nach dem starken Ausbau der Kapazitäten von Kindertageseinrichtungen in den letzten Jahren wird in jüngster Vergangenheit in der Öffentlichkeit auch vermehrt über die Qualität dieser Angebote diskutiert. Vielfach beurteilen Experten die Qualität in deutschen Kindertageseinrichtungen (Kitas) als stark verbesserungswürdig. Neben der Expertenmeinung ist es interessant, wie Eltern als Erziehungsverantwortliche die Qualität der Kitas bewerten und ob sich dabei Unterschiede nach Bildung und Einkommen zeigen. Die elterliche Zufriedenheit mit unterschiedlichen Qualitätsaspekten steht im Mittelpunkt dieses Beitrags – dabei werten wir erstmalig Daten einer Zusatzstudie aus, die Eltern, deren Kinder eine Kita besuchen, der Längsschnittstudien des Sozio-oekonomischen Panels (SOEP) und von „Familien in Deutschland“ (FiD) befragt. Wir untersuchen die Zufriedenheit mit Merkmalen der Kita-Organisation, der Kita-Ausstattung, der Betreuungspersonen, der Aktivitäten mit Kindern, der Elternzusammenarbeit und speziell der Kita-Kosten. Eine Zusatzanalyse zur potentiellen Zahlungsbereitschaft in Abhängigkeit vom Haushaltseinkommen liefert darüber hinaus Informationen, inwieweit Eltern bereit wären, mehr für einen Kita-Platz zu bezahlen.

Die Analysen zeigen, dass bei einer generell hohen Elternzufriedenheit die Zufriedenheit mit den Möglichkeiten elterlicher Mitwirkung und den Kosten am geringsten ist. Für die Zufriedenheit mit der Kindertageseinrichtung insgesamt spielen die Kita-Kosten dagegen keine Rolle – hier sind die Personalausstattung und insbesondere die wahrgenommene Berücksichtigung von Elternwünschen zentral. Wenn Eltern nach ihrer maximalen Zahlungsbereitschaft für Kitas gefragt werden, sind besserverdienende Eltern bereit, grundsätzlich mehr für einen Kita-Platz zu bezahlen als sie es bisher tun.

Deutschland hat in den letzten Jahren massiv in den quantitativen Ausbau der Kindertagesbetreuung für Kinder unter drei Jahren investiert. Seit dem 1. August 2013 besteht für jedes Kind ab dem ersten vollendeten Lebensjahr ein Rechtsanspruch auf einen Kita-Platz. Nachdem inzwischen etwa 33 Prozent der unter Dreijährigen eine Kindertagesbetreuung besuchen,¹ wird in der letzten Zeit verstärkt über die Qualität der Kindertagesbetreuung diskutiert. Vielfach wird bemängelt, dass die Gruppen zu groß sind und die Kind-Betreuer-Relation nicht den Expertenempfehlungen entspricht. Die NUBBEK-Studie² zum Beispiel zeigte, dass die Qualität stark zwischen Kindertageseinrichtungen variiert, und dass insgesamt die Qualität nur als mittelmäßig bezeichnet werden kann. Andere Studien zeigten, dass in vielen Kitas das Essen unausgewogen ist und den Standards der Deutschen Gesellschaft für Ernährung nicht immer gerecht wird.³ Darüber hinaus wurden in den letzten Jahren die Aus- und Weiterbildung der frühpädagogischen Fachkräfte intensiv diskutiert und neue Studiengänge und Weiterbildungsinitiativen entwickelt.⁴ Hinzu kommen große regionale Unterschiede in der Qualität von Kindertageseinrichtungen, die zunehmend im öffentlichen und politischen Raum thematisiert werden: Unter anderem befinden sich Bund und Länder in Gesprächen über bundesweit einheitliche Qualitätsstandards.⁵ Letzte Woche haben Bund, Länder, Kommunen, Arbeitgeber und Gewerkschaften eine gemeinsame Erklärung zu Investitionen in frühe

¹ Statistisches Bundesamt (2015): Statistiken der Kinder- und Jugendhilfe. Kinder und tätige Personen in Tageseinrichtungen und in öffentlich geförderter Kindertagespflege am 01.03.2015. Wiesbaden.

² Vgl. Tietze, W., Becker-Stoll, F. et al. (2013): Nationale Untersuchung zur Bildung, Betreuung und Erziehung in der frühen Kindheit (NUBBEK). Weimar/Berlin.

³ Vgl. zum Beispiel Arens-Azevêdo, U., Pfannes, U. et al. (2014): Ist(s)t KiTa gut? KiTa-Verpflegung in Deutschland: Status quo und Handlungsbedarfe. Studie im Auftrag der Bertelsmann Stiftung.

⁴ Vgl. dazu die WIFF Initiative. www.weiterbildungsinitiative.de, aufgerufen im September 2014.

⁵ BMFSFJ (2014): Communiqué Frühe Bildung weiterentwickeln und finanziell sichern. Berlin.

Bildung unterzeichnet, die auch betont, dass der qualitative Ausbau weitergehen muss.⁶

Das heißt: Sowohl Experten als auch zunehmend die Politik konstatieren, dass die Qualität in deutschen Kindertageseinrichtungen verbesserungswürdig ist. Daneben ist von Interesse, wie Eltern die Qualität von Kindertageseinrichtungen bewerten. Die Eltern wählen die Kitas aus und sind zusammen mit ihren Kindern die Nachfrager der Dienstleistung „Kindertagesbetreuung“. Darüber hinaus ist die Perspektive der Eltern von zentraler Bedeutung, weil sie mit den Fachkräften aufgrund ihrer gemeinsamen Bildungs- und Erziehungsverantwortung in Kindertageseinrichtungen partnerschaftlich zusammenwirken sollen.⁷

Wie zufrieden sind die Eltern mit der Qualität der genutzten Einrichtungen, mit welchen Aspekten sind sie besonders (un)zufrieden, und variiert die Zufriedenheit zwischen sozio-ökonomischen Gruppen? Und sind Eltern mit Kindergartenkindern (also Kindern im Alter von drei Jahren und älter) mit verschiedenen Aspekten zufriedener als Eltern von unter Dreijährigen? Diesen Fragen geht dieser Beitrag nach.⁸

Bisherige Befunde zum Zusammenhang von Elternzufriedenheit und Kita-Qualität

Hinsichtlich der elterlichen Zufriedenheit mit der Kita-Qualität bieten die ‚KiföG-Berichte‘ zur Evaluierung des Kinderförderungsgesetzes einschließlich der DJI-KiföG-Länderstudie eine wichtige Quelle.⁹ Die Ergebnisse lassen auf eine im Mittel hohe Zufriedenheit schließen: Im Zeitraum von 2009 bis 2014 betrug der Anteil zufriedener oder sehr zufriedener Eltern von Kindern in Kindertageseinrichtungen zwischen 85 Prozent und 91 Prozent.¹⁰ Unter Betrachtung verschiedener Teilaspekte erlangte die Zufriedenheit mit den Kosten die niedrigsten Werte, doch noch immer waren knapp 50 Prozent der befragten Eltern mit den Kosten mindestens zufrieden.¹¹ Allerdings wird von teilweise bemerkenswerten Diskrepanzen zwischen Bundesländern in der elterlichen Zu-

friedenheit berichtet. Dabei drückten Eltern in Westdeutschland eine höhere Zufriedenheit mit der Gruppengröße aus, wohingegen Eltern in Ostdeutschland mit den Aktivitäten und Lernangeboten zufriedener waren.¹²

Bisherige Analysen des DIW Berlin stützten sich auf die Daten der SOEP-Zusatzstudie „Familien in Deutschland (FiD)“ des Jahres 2010 und bezogen Eltern mit Kindern bis sechs Jahre ein. Auch wenn hier die Zufriedenheit durchaus hoch war, waren Schwankungen je nach Teilaspekt zu beobachten – die Zufriedenheit mit den Kosten fiel auch hier am geringsten aus.¹³ Tendenziell zeigte sich, dass große Familien mit mindestens drei Kindern sowie Eltern mit geringerer Bildung zufriedener sind.

Die vergleichsweise hohe elterliche Zufriedenheit mit der Qualität der Betreuungseinrichtung ihrer Kinder findet sich auch in der internationalen Literatur wieder.¹⁴ Zusätzlich zu dem Befund, dass eine höhere Anzahl an Kindern sowie ein geringerer sozio-ökonomischer Status der Mutter mit einer höheren Zufriedenheit mit der Betreuung einhergehen,¹⁵ erwiesen sich die wahrgenommene soziale Unterstützung durch die Betreuungseinrichtung sowie die Elternbeteiligung als wichtige Prädiktoren elterlicher Zufriedenheit.¹⁶ Nur selten konnte dabei allerdings ein Zusammenhang zwischen der Zufriedenheit der Eltern und der gemessenen Qualität festgestellt werden.

Unterschiede in Qualitätsmerkmalen und Kosten regional bedingt

Da in Deutschland die Regulierung der Kindertagesbetreuung in erster Linie in der Verantwortung der Bundesländer, Kommunen und Träger liegt, sind regionale Unterschiede in der Qualität der Betreuung sowie in den Kita-Kosten zu erwarten. In Gruppen mit Kindern unter drei Jahren kamen im Jahr 2013 in unterschiedlichen Jugendamtsbezirken beispielsweise im Mittel 2,3 bis 9,3 Kinder auf eine Betreuungsperson. Im Alter von drei Jahren bis zur Schule variierten die mittleren Personal-

⁶ www.bmfsfj.de/BMFSFJ/kinder-und-jugend,did=221092.html, aufgerufen im November 2015.

⁷ Vgl. zum Beispiel KMK (Ständige Konferenz der Kultusminister der Länder in der Bundesrepublik Deutschland) (2004): Gemeinsamer Rahmen der Länder für die frühe Bildung in Kindertageseinrichtungen.

⁸ Der Beitrag entstand im Rahmen des Projekts „Early Childhood Education and Care Quality in the Socio-Economic Panel (K²ID-SOEP)“, welches von der Jacobs Foundation gefördert wird. Vgl. auch www.k2id.de.

⁹ Datengrundlage bildeten die AID:A-Studie (Aufwachsen in Deutschland: Alltagswelten) und jährliche Ergänzungsstudien, die nur Eltern mit Kindern unter drei Jahren einbeziehen.

¹⁰ BMFSFJ (2013): Vierter Zwischenbericht zur Evaluation des Kinderförderungsgesetzes. Berlin. BMFSFJ (2015): Fünfter Bericht zur Evaluation des Kinderförderungsgesetzes. Berlin.

¹¹ BMFSFJ (2013), a. a. O. BMFSFJ (2015), a. a. O.

¹² Alt, C., Hubert, S. et al. (2013): Der U3-Ausbau: Angebote, Bedarfe und Zufriedenheit: Eine Analyse auf Basis der KiföG-Bundesländerstudie 2012. München.

¹³ Müller, K.-U., Spieß, C. K. et al. (2013): Evaluationsmodul: Förderung und Wohlergehen von Kindern: Endbericht. DIW Berlin Politikberatung kompakt 73.

¹⁴ Barnes, J., Leach, P. et al. (2006): Infant care in England: mothers' aspirations, experiences, satisfaction and caregiver relationships. *Early Child Development and Care* 176 (5), 553-573. Peyton, V., Jacobs, A. et al. (2001): Reasons for choosing child care: associations with family factors, quality, and satisfaction. *Early Childhood Research Quarterly* 16 (2), 191-208. Scopelliti, M., Musatti, T. (2012): Parents' View of Child Care Quality: Values, Evaluations, and Satisfaction. *Journal of Child and Family Studies* 22 (8), 1025-1038.

¹⁵ Vgl. zum Beispiel Scopelliti, M., Musatti, T. (2012), a. a. O. Barnes, J., Leach, P. et al. (2006), a. a. O.

¹⁶ Vgl. zum Beispiel Britner, P. A., Phillips, D. A. (1995): Predictors of parent and provider satisfaction with child day care dimensions: A comparison of center-based and family child day care. *Child Welfare* 74 (6), 1135-1168. Scopelliti, M., Musatti, T. (2012), a. a. O.

schlüssel zwischen 1 zu 6,1 und 1 zu 15,5.¹⁷ Ebenfalls auf Länderebene werden die elterlichen Mitwirkungsrechte in frühkindlichen Betreuungseinrichtungen festgesetzt. Vorwiegend müssen Eltern zu Themen wie der pädagogischen Konzeption oder Öffnungszeiten angehört oder zumindest informiert werden, wobei auch hier Unterschiede sowohl zwischen Bundesländern als auch zwischen verschiedenen Gegenstandsbereichen existieren.¹⁸

In Bezug auf die Gebühren bestätigen Analysen des DIW Berlin, dass Familien sehr unterschiedlich belastet sind und etwa 18 Prozent der Familien mit Kita-Kindern keine Beiträge entrichten.¹⁹ Innerhalb von Kommunen entstehen solche Diskrepanzen zum Teil durch eine Staffelung der Beiträge nach Kriterien wie Einkommen, der Anzahl kindergeldberechtigter Kinder in der Familie und den täglichen Betreuungszeiten.²⁰ Nichtsdestotrotz zeigten Schröder et al. (2015), dass die relative Belastung derjenigen Familien mit niedrigeren Einkommen, die überhaupt Gebühren für die Kita-Nutzung bezahlen, stärker ausfällt als die relative Belastung von Familien im oberen Bereich der Einkommensverteilung.

Generelle Gebührenbefreiungen existierten im Mai 2014 in sechs Bundesländern, wobei sie sich mehrheitlich auf das letzte Kita-Jahr vor der Einschulung beschränkten.²¹ In Berlin und Rheinland-Pfalz gilt die generelle Gebührenbefreiung hingegen schon seit längerem in deutlich größerem Umfang.

Festzuhalten bleibt also, dass große regionale Unterschiede in der Qualität existieren und schon allein deshalb Unterschiede in der Zufriedenheit zu erwarten sind. Hinzu kommt, dass Eltern – wie auch Experten – Qualität nicht als eindimensionales Konstrukt betrachten, sondern unterschiedliche Aspekte unterscheiden.

Unterschiedliche Qualitätsaspekte betrachten

Unsere Analysen basieren auf einer Zusatzbefragung der Haushalte des Sozio-oekonomischen Panels (SOEP) und der Zusatzstichprobe „Familien in Deutschland (FiD)“ aus dem Jahr 2013, welche mindestens ein Kind

unter sechs Jahren hatten.²² Eltern, deren Kind eine Kita besucht, wurden sowohl zur Qualität der Kindertageseinrichtungen als auch zu ihrer Zufriedenheit mit dieser befragt.²³ Das durchschnittliche Alter der Kinder der befragten Eltern liegt bei vier Jahren, das heißt, es wurden mehrheitlich Eltern mit Kindern im Kindergartenalter befragt.

Zunächst betrachten wir die Zufriedenheit der Eltern mit den unterschiedlichen Qualitätsaspekten – dabei unterscheiden wir Eltern mit Kindern unter drei Jahren und solchen, welche drei Jahre und älter sind. Alle Zufriedenheiten wurden auf einer Skala von 0 „ganz und gar unzufrieden“ bis 10 „ganz und gar zufrieden“ erfasst. Für erste Analysen gruppieren wir die erfassten Zufriedenheitswerte in vier Kategorien: (1) unzufrieden, (2) teils/teils, (3) zufrieden und (4) sehr zufrieden. Es stehen die folgenden Qualitätsaspekte im Vordergrund, die jeweils durch mehrere Merkmale abgebildet werden:

- 1) Organisation: Öffnungszeiten, Tagesablauf, Ernährung und Kosten
- 2) Ausstattung: Platz, Garten, Spiel- und Lernmaterialien, Gruppengröße, Kinder pro Betreuungsperson
- 3) Betreuungspersonen: Ausbildung, regelmäßige Weiterbildung des Betreuers oder der Betreuerin sowie die individuelle Förderung des Kindes
- 4) Aktivitäten zur Anregung der kindlichen Entwicklung in den Bereichen Bewegung, Sprache, Musik oder Kunst, sowie Mathematik und Naturwissenschaften
- 5) Zusammenarbeit mit Eltern: Kontakt zwischen Betreuungspersonen und Eltern, Möglichkeiten der Mitentscheidung sowie Beratung oder Aktivitäten nur für Eltern

²² Diese Befragung wurde im Rahmen des oben erwähnten KiD-Projektes durchgeführt. Das Sozio-oekonomische Panel (SOEP) ist die größte und am längsten laufende multidisziplinäre Langzeitstudie in Deutschland. Seit 1984 werden jedes Jahr vom Umfrageinstitut TNS Infratest Sozialforschung mehrere tausend Menschen befragt. Zurzeit sind es etwa 30 000 Befragte in etwa 15 000 Haushalten. Die Daten des SOEP geben unter anderem Auskunft über Einkommen, Erwerbstätigkeit, Bildung, Gesundheit und Lebenszufriedenheit. Weil jedes Jahr dieselben Personen befragt werden, können nicht nur langfristige gesellschaftliche Trends, sondern auch die gruppenspezifische Entwicklung von Lebensläufen besonders gut analysiert werden. Vgl. Wagner, G. G., Frick, J. R. et al. (2007): The German Socio-Economic Panel Study (SOEP) – Scope, evolution and enhancements. *Schmollers Jahrbuch* 127 (1), 139–169. Im Jahr 2013 waren dies noch zwei separate Studien, ab 2014 ist FiD in das SOEP integriert, vgl. Schröder, M., Siegers, R. et al. (2013): Familien in Deutschland – FiD. *Schmollers Jahrbuch* 133 (4), 595–606.

²³ Ein Elternteil sollte für jedes Kind im Kita-Alter einen Fragebogen ausfüllen. 84 Prozent der Fragebögen wurden von Müttern ausgefüllt und 16 Prozent von Vätern. Um repräsentative Ergebnisse für Deutschland zu präsentieren, wurden die Ergebnisse für die Nichtteilnahme von einzelnen Personen durch sogenannte Ausfallgewichte korrigiert.

¹⁷ Strunz, E. (2014): Kindertagesbetreuung vor Ort – Der Betreuungsatlas 2013. Eine Analyse lokaler Unterschiede, Dortmund.

¹⁸ Bertelsmann Stiftung (2010): Ländermonitor Frühkindliche Bildungssysteme: Elternbeteiligung in Kitas – Beteiligungsrechte (Oktober 2010).

¹⁹ Schröder, C., Spieß, C. K. et al. (2015): Private Bildungsausgaben für Kinder: Einkommensschwache Familien sind relativ stärker belastet. *DIW Wochenbericht* Nr. 8/2015, 158–169.

²⁰ § 90 SGB VIII. Dem Achten Sozialgesetzbuch entsprechend kann ein vollständiger Erlass der Gebühren erfolgen, wenn die Belastung Eltern und Kind nicht zuzumuten ist.

²¹ Bertelsmann Stiftung (2014): Ländermonitor Frühkindliche Bildungssysteme: Rechtsanspruch des Kindes: Betreuungsplatz und -umfang. Mai 2014.

Kasten

Vorgehen bei den multivariaten Analysen

Zur Untersuchung des Zusammenhangs von elterlicher Zufriedenheit mit verschiedenen Aspekten der Kita und sozio-ökonomischen Merkmalen und Qualitätsumfang verwenden wir fünf multivariate lineare Regressionsmodelle auf Kinder-ebene.¹ Für folgende ausgewählte Aspekte schätzen wir lineare Regressionsmodelle mit dem jeweiligen Zufriedenheitsmaß als abhängige Variable: (1) Anzahl der Betreuungspersonen, (2) Ernährung, (3) mathematische/naturwissenschaftliche Aktivitäten, (4) Mitentscheidungsmöglichkeiten der Eltern und (5) Kosten. Diese Auswahl zielt darauf ab, Aspekte mit hoher Varianz in der Zufriedenheit detaillierter zu untersuchen. Wir untersuchen, ob die Zufriedenheit der Eltern mit der mütterlichen Bildung und dem Haushaltsnettoeinkommen variiert (letzteres ist in Einheiten von 100 Euro angegeben). Wir prüfen, ob diese Zusammenhänge statistisch signifikant sind, wenn für den betreffenden Umfang der Qualität kontrolliert wird.

¹ Lebten zum Zeitpunkt der Befragung mehrere Kinder unter sechs Jahren in einem Haushalt, sollte für jedes einzelne ein eigener Fragebogen ausgefüllt werden.

Die Variablen zur Erfassung des Qualitätsumfangs sind wie folgt skaliert: Der Betreuungsschlüssel gibt die Anzahl der Kinder pro Betreuungsperson an; der Aspekt der Ernährung wird binär abgebildet und erfasst, ob die genutzte Kita einen Schwerpunkt auf Gesundheit oder Ernährung legt; die Häufigkeit, mit der diverse Aktivitäten zur Förderung im Bereich Naturwissenschaften durchgeführt werden, wurde auf einer Skala von 1 („gar nicht“) bis 7 („mehrmals in der Woche“) abgefragt; inwieweit Wünsche und Anregungen der Eltern hinsichtlich Öffnungszeiten, Essen, Lernangeboten etc. von der Kita berücksichtigt werden, stuften Eltern auf Skalen von 0 („gar nicht“) bis 10 („sehr stark“) ein, aus fünf solchen Fragen wurde ein Mittelwert gebildet; die Höhe der monatlichen Kita-Gebühren ist in Einheiten von 10 Euro angegeben.

Darüber hinaus beinhalten alle Modelle folgende Kontrollvariablen: Die Betreuungsstunden des Kindes pro Woche, Anzahl der Monate des Kindes in der Einrichtung, Anzahl der Kinder im Haushalt, Familienstand, Migrationshintergrund des Elternteils, Alter des Kindes und Indikatoren dafür, ob sich der Haushalt in Ostdeutschland beziehungsweise in einer Großstadt befindet.

Im nächsten Schritt untersuchen wir anhand multivariater Analysen (Kasten), inwieweit sich Bildungs- und Einkommensgruppen in ihrer Zufriedenheit mit unterschiedlichen Aspekten der Qualität unterscheiden. Allerdings liegt es nahe, dass die Zufriedenheit mit der Qualität auch von deren Umfang abhängt. Dieser wurde daher hier einbezogen. Als ein Maß zur Erfassung der Qualität einer Kita, welche ein Kind besucht, verwenden wir die berichtete Qualität der Einrichtung durch einen Elternteil.

In einem weiteren Schritt betrachten wir die Zufriedenheit mit der Kita insgesamt und wie diese mit dem Umfang der Qualität und den Kosten zusammenhängt.

Da die Zufriedenheit mit den Kosten – wie bisherige Analysen gezeigt haben – besonders gering ist, heben wir diese besonders hervor und gehen dem Zusammenhang zwischen der Zufriedenheit und den Kosten gesondert nach. Dabei untersuchen wir auch, ob bestimmte Gruppen von Eltern bereit sind, für einen Kita-Besuch ihres Kindes höhere Beiträge zu zahlen beziehungsweise was ihre maximale Zahlungsbereitschaft ist.

Elterliche Zufriedenheit mit Mitwirkungsmöglichkeiten relativ gering

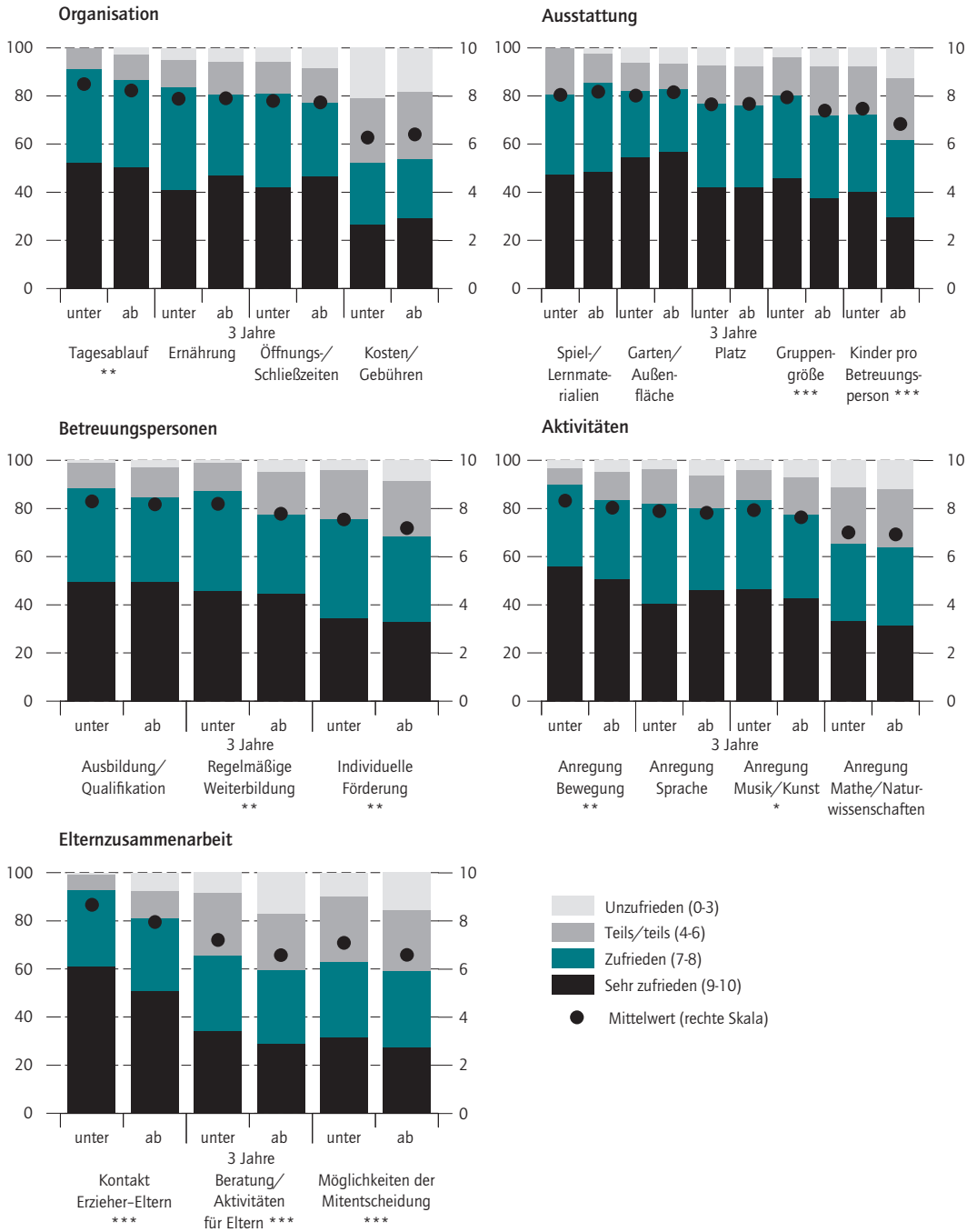
Abbildung 1 stellt die Zufriedenheit von Eltern mit den unterschiedlichen Qualitätsaspekten unterschieden nach dem Alter der Kinder (unter Dreijährige beziehungsweise Dreijährige und ältere Kinder) dar. Insgesamt bestätigt sich, dass die elterliche Zufriedenheit mehrheitlich hoch ausfällt. Es zeigen sich dabei aber unterschiedliche Varianzen in der Zufriedenheit: Die geringste Varianz weist die Zufriedenheit mit dem Tagesablauf auf, die höchste Varianz die Zufriedenheit mit den Kosten, das heißt, hier sind die größten Unterschiede zu beobachten.

Am zufriedensten sind Eltern in Deutschland mit dem Tagesablauf. Auch mit den Öffnungs- und Schließzeiten und der Ernährung in der Kita sind etwa 80 Prozent der Eltern (sehr) zufrieden. Bei der Ausstattung zeigt sich, dass Eltern insbesondere hinsichtlich der Gruppengröße und der Kind-Betreuer-Relation weniger zufrieden sind. Mit der Aus- und Weiterbildung der Fachkräfte in den Kitas sind Eltern größtenteils sehr zufrieden beziehungsweise zufrieden. Innerhalb der Gruppe der Aktivitäten zur kindlichen Entwicklung sind Eltern

Abbildung 1

Elternzufriedenheit mit ausgewählten Aspekten der Kita-Qualität und Kosten nach Alter des Kindes

Anteile in Prozent und Mittelwerte



Ergebnisse sind gewichtet. Signifikante Mittelwert-Unterschiede nach Alter des Kindes wurden folgendermaßen gekennzeichnet: * p < 0,1, ** p < 0,05, *** p < 0,01.

Quellen: K²ID Elternbefragung, SOEPv30, FiDv4.0; Berechnungen des DIW Berlin.

Die höchste Unzufriedenheit besteht mit den Kita-Kosten und den elterlichen Mitentscheidungsmöglichkeiten.

mit Anregungen im Bereich Mathematik und Naturwissenschaft am wenigsten zufrieden. Mit den Möglichkeiten der Beratung und Mitentscheidung sind Eltern relativ unzufrieden. Am wenigsten zufrieden sind die Eltern mit den Kosten.

Insgesamt zeigt sich bei zehn der 19 erfassten Teilaspekte, dass Eltern mit Kindern im Kindergartenalter signifikant unzufriedener sind. Dies gilt insbesondere für die Gruppengröße. Bei der individuellen Förderung des Kindes wünschen sich eher Eltern mit älteren Kindern eine bessere Förderung, genauso sind sie weniger zufrieden mit dem Tagesablauf in der Kita. Außerdem sind Eltern von Kindern im Kindergartenalter mit allen drei Aspekten, die die Elternarbeit betreffen, signifikant unzufriedener.

Deutliche sozio-ökonomische Unterschiede bei der Zufriedenheit mit den Kita-Kosten

Die Analysen (Kasten) haben gezeigt, dass Eltern bei gleichen Kosten mit den zu zahlenden Kosten zufriedener sind, wenn die Mutter einen Hochschulabschluss hat, als wenn dies nicht der Fall ist (Tabelle).²⁴ Auch Eltern mit höherem Haushaltseinkommen geben dann an, zufriedener mit den Kita-Kosten zu sein. Keine signifikanten Zusammenhänge finden sich zwischen mütterlicher Bildung oder Haushaltseinkommen und der Zufriedenheit mit der Kind-Betreuer-Relation, der Ernährung in der Kita, naturwissenschaftlichen Aktivitäten oder Mitentscheidungsmöglichkeiten der Eltern.

Ähnlich wie in früheren Studien zeigt sich, dass Eltern mit mehr Kindern im Haushalt tendenziell zufriedener sind – und zwar mit der Anzahl der Betreuungspersonen, mit naturwissenschaftlichen/mathematischen Aktivitäten und mit den Mitentscheidungsmöglichkeiten in den Kitas. In Bezug auf die elterliche Zufriedenheit mit naturwissenschaftlichen/mathematischen Aktivitäten äußern Eltern in Städten und jene, deren Kinder die jeweilige Kita bereits länger besuchen, eine geringere Zufriedenheit. Der Umfang der Qualität, deren Zufriedenheit abgefragt wird, hat den stärksten Zusammenhang mit der Zufriedenheit der Eltern. So sind Eltern mit dem jeweiligen Aspekt umso zufriedener, je weniger Kinder in der Einrichtung auf eine Betreuungsperson kommen, je öfter das Kind an Aktivitäten zur Förderung des mathematischen und naturwissenschaftlichen Verständnisses teilnimmt, je mehr die Eltern meinen, Einfluss nehmen zu können und je geringer die Kosten der Einrichtung sind. Unterschiede in der Zufriedenheit von Eltern werden sogar maßgeblich über diese Qualitätsunterschiede und nicht über sozio-ökonomische Unterschiede erklärt – das heißt, es handelt sich hier um „rationale“ Nachfrager: Die Zufriedenheit der Eltern mit der betrachteten Dienstleistung hängt davon ab, wie sie den Umfang der Qualität einschätzen.

Tabelle

Zusammenhang zwischen elterlicher Zufriedenheit mit unterschiedlichen Aspekten der Kita-Qualität und sozio-ökonomischen Faktoren sowie entsprechendem Qualitätsumfang

Parameter von OLS-Regressionen

	Zufriedenheit mit...				
	... Anzahl Kinder pro Betreuungsperson	... Ernährung	... Aktivitäten im Bereich mathematisches und naturwissenschaftliches Verständnis	... Möglichkeiten der Mitentscheidung durch Eltern	... Kosten/Gebühren ¹
	M1	M2	M3	M4	M5
Hochschulabschluss	-0,166	-0,169	0,045	0,101	0,456*
Haushaltseinkommen ²	0,004	-0,005	-0,001	0,001	0,023***
Anzahl Kinder im Haushalt	0,301***	0,090	0,220***	0,127*	-0,152
Besuchsdauer in Monaten	-0,006	-0,004	-0,013**	-0,005	-0,009
Stadt (mehr als 10 000 Einwohner)	-0,058	-0,086	-0,501***	-0,053	0,105
Qualitätsumfang ³	-0,288***	0,256	0,574***	0,671***	-0,082***
N	1 383	935	1 173	1 286	1 260
R ²	0,16	0,02	0,28	0,41	0,07

Zusätzliche Kontrollvariablen in den Modellen: Betreuungszeit pro Tag; alleinerziehendes Elternteil; Migrationshintergrund; Alter des Kindes; Ostdeutschland. Ergebnisse sind gewichtet. * $p < 0,1$, ** $p < 0,05$, *** $p < 0,01$.

¹ Aufgrund der umfangreichen Gebührenbefreiung wurden Berlin und Rheinland-Pfalz aus den Berechnungen der Zufriedenheit mit den Kosten ausgeschlossen.

² Das monatliche Nettohaushaltseinkommen ist in 100-Euro-Einheiten angegeben.

³ M1: Anzahl der Kinder pro Betreuungsperson, M2: Kita-Schwerpunkt auf Gesundheit oder Ernährung, M3: Häufigkeit von Aktivitäten zur Förderung im Bereich Naturwissenschaften, M4: Berücksichtigung von Elternwünschen, M5: gezahlte Kita-Gebühren pro Monat in 10-Euro-Einheiten.

Quellen: K*ID Elternbefragung, SOEPv30, FiDv4.0; Berechnungen des DIW Berlin.

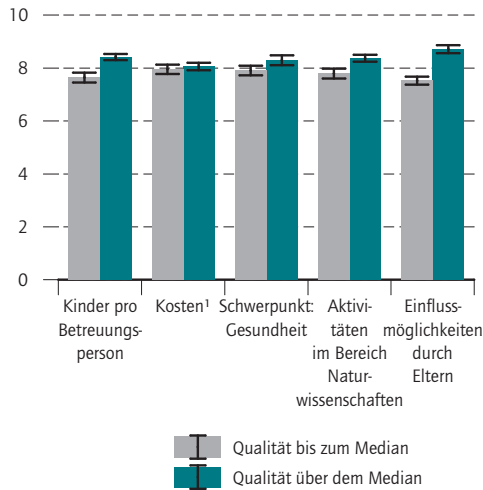
Zufriedenheit mit Kita insgesamt unterscheidet sich nach Umfang der Qualität aber nicht nach Kosten

Mit einem Mittelwert von 8,1 nimmt die Gesamtzufriedenheit mit der Kindertageseinrichtung einen hohen Rang ein. In Abbildung 2 betrachten wir die Zufriedenheit mit der Kita insgesamt für Eltern, deren Kinder Kitas besuchen, die bei dem jeweiligen Merkmal über oder unter dem Median liegen, das heißt, dass die Qualität des betrachteten Merkmals über- beziehungs-

Abbildung 2

Prädiktoren der elterlichen Zufriedenheit mit der Betreuungseinrichtung

Mittelwerte



1 Qualität unter Median bedeutet, dass die Kosten über dem Median liegen. Indikatoren für 95 %-Konfidenzintervalle. Ergebnisse sind gewichtet.

Quellen: K²ID Elternbefragung, SOEPv30, FiDv4.0; Berechnungen des DIW Berlin.

© DIW Berlin 2015

Die Zufriedenheit mit der Kita insgesamt unterscheidet sich insbesondere nach Betreuer-Kind-Relation und Mitentscheidungsmöglichkeiten der Eltern.

weise unterdurchschnittlich „gut“ ist. Es gibt einige signifikante Unterschiede zwischen den Gruppen: Besonders wichtig scheinen der Betreuungsschlüssel sowie die Einflussmöglichkeiten der Eltern zu sein. Bei beiden Aspekten unterscheidet sich die Zufriedenheit zwischen den Gruppen mit einem hohen beziehungsweise niedrigen Wert um etwa einen Punkt, was gemessen an einer Standardabweichung von 2 beziehungsweise 2,6 eine moderate Abweichung darstellt. Allerdings sind Eltern mit höheren Kosten nicht unzufriedener als solche mit niedrigeren Kosten.

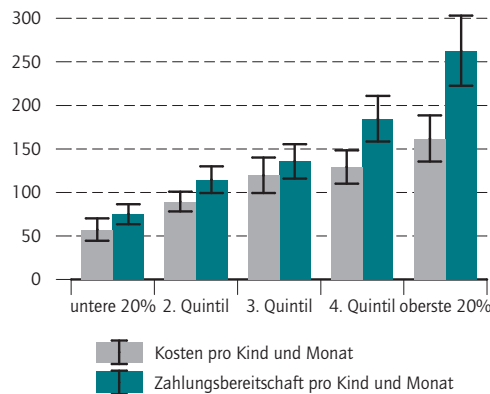
Zahlungsbereitschaft bei höheren Einkommensgruppen größer

Die bisherigen Analysen haben belegt, dass mit steigenden Kita-Kosten die Unzufriedenheit mit diesen erwartungsgemäß zunimmt. Zusätzliche Analysen mit „Interaktionseffekten“ zwischen Kosten und Haushaltseinkommen zeigen auch, dass die Unzufriedenheit mit den Kosten bei einkommensstärkeren Haushalten weniger stark zunimmt. Dies schließt die Frage an, ob sich die Zahlungsbereitschaft für einen Kita-Besuch nach dem Einkommen unterscheidet. Mit den Daten von „Familien in Deutschland“ (FiD) lässt sich diese Fra-

Abbildung 3

Unterschiede in der Zahlungsbereitschaft für Kitas und gegenwärtige Kosten nach Haushaltseinkommensquintilen

In Euro pro Monat



Indikatoren für 95 %-Konfidenzintervalle. Ergebnisse sind gewichtet. Daten für die Zahlungsbereitschaft aus FiD 2012.

Quellen: FiDv4.0; Berechnungen des DIW Berlin.

© DIW Berlin 2015

Höhere Einkommensgruppen sind bereit, mehr für Kitas zu bezahlen.

ge beantworten.²⁵ Die teilnehmenden Haushalte wurden gefragt, welchen Betrag sie unter Berücksichtigung ihrer finanziellen Situation höchstens pro Monat und Kind bezahlen würden. Diese so erfasste Zahlungsbereitschaft stellen wir den tatsächlich gezahlten Kosten gegenüber und differenzieren die Haushalte nach Einkommensquintilen.²⁶

Wie aufgrund der Gebührenstaffelung zu erwarten, steigen die Kosten mit dem Hauhalteinkommen an (Abbildung 3): Haushalte im untersten Einkommensquintil zahlen im Durchschnitt 57 Euro, solche im obersten Quintil 162 Euro. Bei der Zahlungsbereitschaft liegen die entsprechenden Durchschnitte bei 75 Euro beziehungsweise 263 Euro. Der Unterschied zwischen tatsächlichen Kosten und Zahlungsbereitschaft ist für die

25 Im Jahr 2012 wurden die Eltern nach ihrer Zahlungsbereitschaft gefragt. Im SOEP wurde die entsprechende Frage nicht gestellt, wodurch sich die Fallzahl für diese Analysen auf 731 Haushalte verringert.

26 Das heißt, Haushalte werden so gruppiert, dass ihr monatliches Haushaltsnettoeinkommen entweder zu den untersten 20 Prozent gehört, dass sie mehr verdienen als die untersten 20 Prozent, aber weniger als die oberen 60 Prozent und so weiter bis hin zu den obersten 20 Prozent. Die Durchschnittseinkommen für die jeweiligen Quintile sind 1 622 Euro, 2 512 Euro, 3 217 Euro, 4 018 Euro und 6 080 Euro.

ersten drei Quintile statistisch nicht signifikant. Mit anderen Worten: Diese drei Gruppen sind nicht bereit oder nicht in der Lage, mehr als den tatsächlichen Betrag zu zahlen. Für die beiden oberen Einkommensquintile ist die durchschnittliche Zahlungsbereitschaft signifikant höher als die tatsächlichen Kosten, das heißt, sie wären grundsätzlich bereit, mehr zu zahlen.

Fazit

Die vorliegenden Analysen bestätigen frühere Befunde einer relativ hohen elterlichen Zufriedenheit mit Kindertageseinrichtungen insgesamt. Dies steht zunächst im Widerspruch zu dem Urteil von Experten, welche die Qualität der deutschen Kitas allenfalls als mittelmäßig bezeichnen – mit sehr großen Unterschieden zwischen Regionen und Einrichtungen.

Unsere Analysen zeigen aber auch ein differenzierteres Bild: Eltern sind insbesondere mit den Kosten und den Möglichkeiten der Mitentscheidung vergleichsweise unzufrieden. Letzteres ist insofern hervorzuheben, als die Zusammenarbeit zwischen Fachkräften und Eltern vor dem Hintergrund des Bildungs- und Erziehungsauftrags von Kitas von besonderer Bedeutung ist. Dies müsste demnach in der Qualitätsdiskussion künftig stärker gewichtet werden. Auch mit der individuellen Förderung ihrer Kinder und der Kind-Betreuer-Relation sind Eltern relativ unzufrieden. Bemerkenswert ist demgegenüber ihre große Zufriedenheit mit der Ausbildung des Personals. Hervorzuheben ist auch, dass Eltern mit Kindern im Kindergartenalter mehrheitlich unzufriedener sind als solche mit jüngeren Kindern. Dies legt nahe, dass aus elterlicher Perspektive Qualitätsanstrengungen im Kindergartenbereich nicht vergessen werden dürfen – die Anstrengungen der letzten Jahre waren vielfach auf den Bereich der unter Dreijährigen gerichtet.

Analysen, welche eine Vielzahl von Faktoren berücksichtigen, zeigen außerdem, dass die größten Unterschiede in der Zufriedenheit weniger durch sozio-ökonomische Merkmale als vielmehr durch Unterschiede in der Kita-Qualität zu erklären sind. Die Eltern beziehen Qualitätsaspekte bei ihrer Bewertung der Kitas also sehr wohl mit ein.

Aufgrund der nach Expertenmeinung nicht besonders hohen Qualität in deutschen Kitas ist auch dieser Befund durchaus bemerkenswert. Eine Ursache für die

se Divergenz zwischen Eltern- und Expertenmeinung könnte eine unterschiedliche Bewertung von Qualität sein. Zum Beispiel könnte es sein, dass Eltern nicht vollständig in der Lage sind, die pädagogische Qualität von Einrichtungen zu bewerten²⁷ oder dazu tendieren, „ihre“ Einrichtung positiv zu bewerten, um die Entscheidung für die jeweilige Einrichtung vor sich selbst zu legitimieren. Wichtig ist zudem aber auch, dass die in diesem Bericht erfassten Qualitätsmerkmale nur ansatzweise die von Experten bewerteten Qualitätsaspekte abbilden.²⁸

Grundsätzlich finden wir in unseren Analysen nur wenige Unterschiede nach Bildung der Mutter und Haushaltseinkommen: So zeigen sie, dass Eltern, bei denen die Mutter einen Hochschulabschluss hat, beziehungsweise Eltern, die ein höheres Haushaltseinkommen haben, bei gleichen Kosten mit den Gebühren, die sie zahlen, zufriedener sind als andere Eltern. Eindeutig ist auch das Ergebnis, dass Eltern mit höherem Einkommen eher dazu bereit sind, höhere Beiträge zu zahlen als sie es gegenwärtig tun. Dies sollte der Politik zu denken geben. Denn bei einer generellen Gebührenbefreiung profitieren auch Haushalte mit hohen Einkommen, die grundsätzlich dazu bereit wären, höhere Kosten als bisher in Kauf zu nehmen. Auch andere Analysen haben gezeigt, dass höhere Einkommen relativ betrachtet weniger mit Kita-Gebühren belastet sind als untere und mittlere Einkommen.²⁹ Dies sind Erkenntnisse, die für eine progressivere Gebührenstaffelung von Kita-Beiträgen sprechen. Hierdurch würden öffentliche Mittel freigesetzt, welche die Politik nutzen könnte, um die mittelmäßige Kita-Qualität in Deutschland anzuheben und Qualitätsunterschiede zwischen Einrichtungen und Regionen zu verringern. Die Zufriedenheit der Eltern mit den Kitas insgesamt beziehungsweise mit einzelnen Qualitätsaspekten würde – so lassen unsere Analysen vermuten – dann weiter zunehmen.

²⁷ Dazu gibt es einige empirische Hinweise insbesondere aus US-amerikanischen Untersuchungen, vgl. zum Beispiel Mocan, N. (2007): Can consumers detect lemons? An empirical analysis of information asymmetry in the market for child care. *Journal of Population Economics* 20 (4), 743–780.

²⁸ In der pädagogischen Literatur wird die Qualität von Kitas vorrangig über Merkmale der Prozessqualität abgebildet, welche die Interaktion von Fachkräften mit den Kindern fokussiert. Auch wenn die von uns untersuchten Merkmale mit der Prozessqualität korrelieren (vgl. NICHD Early Child Care Research Network (2002): Child-Care Structure – Process – Outcome: Direct and Indirect Effects of Child-Care Quality on Young Children's Development. *Psychological Science* 13 (3), 199–206), bilden sie diese keinesfalls vollständig ab.

²⁹ Schröder, C., Spieß, C. K. et al. (2015), a. a. O.

Georg F. Camehl ist Wissenschaftlicher Mitarbeiter in der Abteilung Bildung und Familie am DIW Berlin | gcamehl@diw.de

Juliane F. Stahl ist Wissenschaftliche Mitarbeiterin in der Abteilung Bildung und Familie am DIW Berlin | jstahl@diw.de

Pia S. Schober ist Wissenschaftliche Mitarbeiterin in der Abteilung Bildung und Familie am DIW Berlin | pschober@diw.de

C. Katharina Spieß ist Leiterin der Abteilung Bildung und Familie am DIW Berlin | kspiess@diw.de

DO HIGHER QUALITY, AND LOWER-COST OF DAY CARE MEAN MORE SATISFIED PARENTS?

Abstract: Following the major expansion of day care provision in recent years, the quality of these programs has increasingly also been the subject of public debate. When evaluating the quality of German day care centers, experts have frequently concluded that there is considerable room for improvement. Apart from considering expert opinions, it is also interesting to look at how parents as guardians rate the quality of day care centers and whether this differs according to level of income or education. The present article primarily focuses on parental satisfaction with various quality aspects. To determine this, data from an extension study are analyzed for the first time, surveying parents from the Socio-Economic Panel (SOEP) study and the Families in Germany (*Familien in Deutschland*, FiD) study whose children attend a day care center. We examine satisfaction with different aspects related to organization, equipment and resources, pedagogic staff, activities with the children, coop-

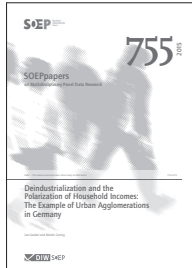
eration with parents, and, specifically, cost. A supplementary analysis on potential willingness to pay, depending on household income, provides us with additional information on the extent to which parents would be prepared to pay more for a day care place for their child.

The analyses show that while parental satisfaction is generally high, satisfaction is lowest with cost and with opportunities for parental involvement in the day care center. With regard to overall satisfaction with the day care center, however, cost plays no role at all – here, the key factors are staffing and particularly parents' perceptions of whether their wishes are taken into consideration. When parents are asked about the maximum amount they would be willing to pay for day care, the higher-earning parents are generally prepared to pay more for a place for their child than they have done to date.

JEL: I24, I28, J13

Keywords: child care, early education, day-care quality, satisfaction, well-being, socio-economic differences, parents

SOEP Papers Nr. 755
2015 | Jan Goebel, Martin Gornig



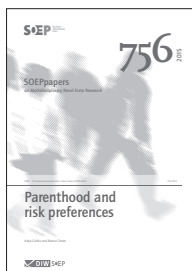
Deindustrialization and the Polarization of Household Incomes: The Example of Urban Agglomerations in Germany

The tertiarization, or perhaps more accurately, the deindustrialization of the economy has left deep scars on cities. It is evident not only in the industrial wastelands and empty factory buildings scattered throughout the urban landscape, but also in the income and social structures of cities. Industrialization, collective wage setting and the welfare state led to a stark reduction in income differences over the course of the twentieth century. Conversely, deindustrialization and the shift to tertiary sectors could result in increasing wage differentiation. Moreover, numerous studies on global cities, the dual city, and divided cities have also identified income polarization as a central phenomenon in the development of major cities. Using data from the German Socio-Economic Panel (SOEP), we find an increasing polarization of household income structures since the mid-1990s. In agglomerations, this income polarization is even more pronounced than in the more rural regions. The income polarization in Germany is likely to have multiple causes, some of which are directly linked to policies such as the deregulation of the labor market. But extensive deindustrialization is probably also one of the drivers, that has led directly to the weakening of middle income groups.

www.diw.de/publikationen/soeppapers



SOEP Papers Nr. 756
2015 | Katja Görlitz, Marcus Tamm



Parenthood and Risk Preferences

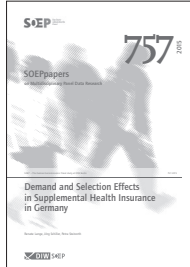
This study analyzes how risk attitudes change when individuals become parents using longitudinal data for a large and representative sample of individuals. The results show that men and women experience a considerable increase in risk aversion which already starts as early as two years before becoming a parent, is largest shortly after giving birth and disappears when the child becomes older. These findings show that parenthood leads to considerable changes in individual risk attitudes over time. Thus, analyses using risk preferences as the explanatory variable for economic outcomes should be careful in interpreting the findings as causal effects.

www.diw.de/publikationen/soeppapers



SOEP Papers Nr. 757

2015 | Renate Lange, Jörg Schiller, Petra Steinorth



Demand and Selection Effects in Supplemental Health Insurance in Germany

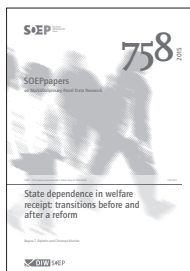
This paper empirically assesses the selection effects and determinants of the demand for supplemental health insurance that covers hospital and dental benefits in Germany. Our representative dataset provides doctor-diagnosed indicators of the individual's health status, risk attitude, demand for medical services and insurance purchases in other lines of insurance as well as rich demographic and socioeconomic information. Controlling for a wide range of individual preferences, we find evidence of adverse selection for individuals aged 65 and younger for hospital coverage despite initial individual underwriting by insurers. The reverse is true for individuals older than 65; individuals with supplemental hospital coverage are healthier on average. In addition, insurance affinity and income are the most important drivers of the demand for both types of coverage.

www.diw.de/publikationen/soeppapers



SOEP Papers Nr. 758

2015 | Regina T. Riphahn, Christoph Wunder



State Dependence in Welfare Receipt: Transitions before and after a Reform

We study state dependence in welfare receipt and investigate whether welfare transitions changed after a welfare reform. Using data from the German Socio-Economic Panel, we apply dynamic multinomial logit estimators and find that state dependence in welfare receipt is not a central feature of the German welfare system. We find that welfare transitions changed after the reform: transitions from welfare to employment became more likely and persistence in welfare and inactivity declined. We observe a large relative increase in transitions from employment to welfare. Immigrants' responsiveness to the labor market situation increased after the reform.

www.diw.de/publikationen/soeppapers





Prof. Dr. Claudia Kemfert ist Leiterin der Abteilung Energie, Verkehr, Umwelt am DIW Berlin. Der Beitrag gibt die Meinung der Autorin wieder.

Klimareserve: Eine unsinnige, teure und klimapolitisch fragwürdige Abwrackprämie für alte Kohlekraftwerke

Mit der sogenannten Klimareserve hat die Bundesregierung das eingeführt, was sie im vergangenen Jahr noch vehement abgelehnt hat. Ein „Harz IV“ für Kraftwerke werde es nicht geben, so der Bundeswirtschaftsminister damals. Stattdessen sollten die Energiekonzerne über eine Klimaabgabe dafür zahlen, wenn sie alte und besonders CO₂-intensive Kohlekraftwerke länger am Netz lassen. Nun ist genau das Gegenteil passiert: Acht Kohlemeiler sollen in eine Klimareserve überführt und für den Fall von Stromengpässen betriebsbereit gehalten werden. Dafür erhalten die Kraftwerksbetreiber Geld. Diese „Abwrackprämie“ für alte Kohlekraftwerke ist unsinnig, teuer und klimapolitisch fragwürdig.

In Deutschland gibt es große Stromangebotsüberschüsse, da noch immer alte, ineffiziente Kohlekraftwerke am Netz sind. Sie produzieren Strom, den wir eigentlich nicht mehr benötigen. Aufgrund der Überkapazitäten sinkt der Strompreis an der Börse, was wiederum die Wirtschaftlichkeit aller im Einsatz befindlichen Kraftwerke schmälert. Das Ziel, die CO₂-Emissionen bis 2020 um 40 Prozent zu senken, bleibt damit eine Utopie. Durch das Abschalten ineffizienter und alter Kohlekraftwerke könnte eine doppelte Dividende erzielt werden: Erstens würden die Börsenstrompreise steigen und damit die Wirtschaftlichkeit aller verbleibenden Kraftwerke. Kein Haushalt müsste dadurch mehr zahlen, da ein höherer Börsenstrompreis automatisch eine niedrigere EEG-Umlage zur Folge hätte. Zweitens würden die Klimaziele erreicht werden, weil etwa 22 Millionen Tonnen CO₂ weniger ausgestoßen würden.

Diese Chancen vergibt die Bundesregierung nun mit ihrer Klimareserve: Sie hält die Kohlekraftwerke im Spiel. Da

nur acht von insgesamt 130 Kraftwerksblöcken in die Reserve überführt werden sollen, lassen sich gerade einmal elf Millionen Tonnen CO₂ einsparen – viel zu wenig, denn es müsste doppelt so viel sein, um die Klimaschutzziele zu erreichen. Wie das noch gelingen soll, ist unklar. Maßnahmen im Verkehrs- oder Gebäudeenergiesektor wirken jedenfalls eher langfristig, aber nicht bis zum Jahr 2020. Insgesamt soll die Klimareserve 1,6 Milliarden Euro kosten – für eine überflüssige Maßnahme ziemlich viel Geld, auch wenn der Strompreis nur geringfügig steigen soll. Hinzu kommt: Kohlekraftwerke sind viel zu wenig flexibel: Werden tatsächlich an einem kalten Wintertag Reserven gebraucht, müssten diese schnell verfügbar sein. Kohlekraftwerke benötigen aber eine Woche Vorlaufzeit, bis sie Strom liefern. Besonders bedauerlich ist, dass der Strukturwandel hin zu einer nachhaltigen Energiewende mit dieser Maßnahme nicht gefördert, sondern eher behindert wird. Ein wirksamer Kohleausstiegsplan sähe anders aus: Statt den Betreibern maroder Kohlekraftwerke wahllos Geld hinterherzuwerfen, sollte die Bundesregierung den betroffenen Braunkohleregionen mit einem auf mehrere Jahrzehnte angelegten Kohleausstiegsplan helfen.

Die Klimareserve ist nichts anderes als ein vergoldetes Ende für alte Braunkohlekraftwerke, die in ein paar Jahren ohnehin vom Netz gegangen wären – ohne dass der Stromkunde dafür hätte zahlen müssen. Die Kraftwerksbetreiber freuen sich, die Stromkunden nicht. Und der Energiewende erweist die Bundesregierung einen Bärendienst: Mit der Klimareserve hat sie sich von dieser mal wieder ein Stück weit entfernt.